

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 240.

Montag, den 13. Oktober 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Juanshikai und Lijuanhung.

Mit der Wahl Juanshikais hat China für fünf Jahre ein ordentliches Oberhaupt erhalten, ohne daß für sein Wirken eine verfassungsrechtliche Grundlage vorhanden ist. Der Präsident ist nun wohl da, aber noch keine Verfassung. Und wann eine solche den mit vielen Klippen versehenen Engpaß Parlament passieren wird, können selbst die Propheten nicht vorauszusagen wagen. Für die Tätigkeit des Präsidenten wird vorberhand nur sein eigener Wille, aber keine Gesetzesbestimmung als Richtschnur dienen. Eine beispiellose Ungewöhnlichkeit für eine Republik, die demokratisch sein soll!

Die nichtchinesische Öffentlichkeit hält sich zwar nicht bei dieser Ungewöhnlichkeit auf; sie scheint sie fast selbstverständlich zu halten für das Land, von dem in den letzten zwei Jahren so außerordentlich viel Ungewöhnliches berichtet wurde.

Die Peking-Bureaucratie wie das kapitalistische Ausland glauben Gründe genug zu haben, sich zu dem Ausgang der Präsidentschaftswahl beglückwünschen zu dürfen. Für die eine ist der Erwählte schon lange der „Retter des Vaterlands“, das andre hat ein Darlehen von 500 Millionen Mark auf ihn gesetzt und erwartet nun die Erfüllung ihrer Hoffnungen auf materielle Vorteile.

Daß Juan zum Präsidenten erkoren werden würde, stand nach der Niederwerfung des Aufstandes in Süd-China allenthalben fest, schien selbst seinen politischen Gegnern so unabwendbar, daß sie es nicht einmal der Mühe wert fanden, ihm einen ersten Kandidaten gegenüberzustellen. Denn Juans Gegenkandidat Lijuanhung ist sein politischer Freund und hatte im voraus erklärt, daß er eine Wahl zum Präsidenten nicht annehme, sondern bloß die Vizepräsidentschaft. Wenn nun trotz alledem Juan erst im dritten Wahlgang siegte und sein Gegner noch 179 Stimmen auf sich vereinigte, so ist damit dargetan, daß eine tiefe Abneigung gegen Juan besteht. In der Tat!

Die radikalen Republikaner in beiden Häusern des Parlaments erfüllt der verfassungslose Zustand als auch der Ausgang der Wahl mit großer Besorgnis. Kein Wunder. Das Erbe der Revolution, die Sache des freiheitlich gesinnten China ohne jede Bürgschaft, ohne jede Einschränkung einem Manne von der Wandelbarkeit und Rücksichtslosigkeit eines Juanshikai anvertraut wissen, muß ihnen gefährlich dünken. Es wäre nicht das erste Mal, daß der „große Reformator“ das Werk des Fortschritts, die Hoffnungen der Demokratie zerstört hat. Er war von jehes asiatischer Autokrat, der nicht zögerte, den Leuten die Köpfe abzuhacken, die ihm im Wege standen. Durch seinen Verrat hat der Reformkaiser Kwanghju seinen Thron verloren.

Bis zu seinem 35. Lebensjahre amtierte Juan als Statthalter in Korea, von wo er den siegreichen Japanern weichen mußte. In Korea hatte er reichlich Gelegenheit gehabt, das Geheimnis der Ohnmacht seines Landes zu ergründen. Nachdem er Militärkommandant der Provinz Schili geworden war, beeilte er sich, mit den als nötig erkannten Reformen zu beginnen. Er schuf sich eine gut gedruckte Mustertruppe, die ihre Brauchbarkeit in den Bogerrufen vor aller Welt darthat.

Die Vorbedingung für die Weiterführung der Militärreform war, daß die Nordarmee dem jungen Kaiser unterstellt und deren Kommandant Junglu, eine Stütze der Hoffkamarilla, beseitigt wurde. In einer geheimen Zusammenkunft weihte der Kaiser Juan in seine Pläne ein. Dieser heuchelte volles Einverständnis und schwor seinem kaiserlichen Herrn, „getreulich die Dienste eines Hundes oder Pferdes bis an sein Lebensende zu verrichten“. Mit diesem Schwur auf den Lippen ging er geradewegs zur Reaktion, um seinen Herrn zu verraten. Die Kaiserinwitwe setzte ihren Sohn sofort ab und ließ einige der Reformfreunde hinrichten. Der Verräter erhielt als Lohn Titel und Orden sowie den sehr einträglichen Posten des Statthalters von Schantung. Er war der Vertrauensmann der Reaktion, der Freund der fremden Gesandtschaften in Peking, der bewunderte Held des Auslands geworden. Die Zuneigung der letzten beiden hatte ihm sein Anteil an der Unterdrückung des Bogeraufstandes verschafft.

Kurz nach seinem 50. Geburtstag (1908) wurde an Stelle des abgesetzten Reformkaisers dessen Bruder Lijuanhung als Regent bestellt. Diesen bestimmte das Unglück seines Bruders, den Verräter Juan schleunigst zu verabschieden. Als dann drei Jahre später die Reformbewegung wiederum, diesmal in Gestalt der Revolution, anhub, wurde Juan von der zu Tode erschreckten Mandschudynastie als Retter in der äußersten Not gerufen, um zwischen Thron und Volk zu vermitteln. Sein „krankes Bein“ ließ ihn zögern, dem Rufe zu folgen.

Schließlich kam er doch und tat was er konnte, den wackelnden Thron zu retten. Da er die Revolution nicht mehr zu meistern vermochte, sorgte er wenigstens dafür, daß die Mandschus mit vollen Kassen und hohen Lebensrenten abziehen konnten.

Ein anderer wäre mit seinen Herren und Gönnern abgetreten. Nicht so Juan. Als der Freistaat wider seinen Willen verkündet worden war, entdeckte er seine republikanische Gesinnung, erklärte er sich als Republikaner und strebte nach der provisorischen Präsidentschaft. Das widerspruchsvolle, undurchsichtige Spiel, das er in den Dezembertagen von 1911 mit der Peking-Bureaucratie wie mit den Führern der Revolution und schon vorher mit dem Feldzug gegen die Rebellenarmee im Süden getrieben hatte, erfüllte alle Seiten mit tiefem Mißtrauen. Allein mit der Ernennung Sunjatsens zum provisorischen Präsidenten wandelte sich der Konfessionellen Argwohn gegen Juan wieder in Vertrauen. Denn bloß durch den „großen Reformator“ konnte der „große Agitator der Revolution“ zum Rücktritt bewogen werden. Juan trat an die frei gewordene Stelle und wurde der Hoffnungsträger der Peking-Bureaucratie und der Kapitalisten des Auslands.

Juan beeilte sich, der Welt seine Fähigkeiten zum „Regieren“ zu zeigen. Durch Orden, Titel, Bestechung, Anklagen und Hinrichtungen entmannte oder schwächte er die Opposition. Diese Strupplosigkeit stärkte das Vertrauen der europäischen Finanzwelt. Sie bewilligte ihm über den Kopf des Parlaments hinweg 500 Millionen, damit er Mittel habe zur weiteren Verfolgung seiner Pläne. Den internationalen Bankiers sind nun die Regierungen mit der Anerkennung der Republik gefolgt. Das gemeinsame Vertrauen der fremden Mächte und der Hoffnungen wird die Steigerung der Macht Juans sehr fördern.

Die Hoffnung, daß der mit noch einer größeren Stimmenzahl als Juan gewählte Vizepräsident Lijuanhung einen Einfluß auf die Gestaltung der Politik des Präsidenten ausüben werde, ist unbegründet. Der 50jährige Li hat 32 Jahre seines Lebens im Militärdienst zugebracht. Gewiß hat er ständig an der Reorganisation der Truppe gearbeitet, aber politisch keine Rolle gespielt. Seinen Weltruf hat er sich als Oberbefehlshaber der revolutionären Streitkräfte erworben. Sein Uebertritt zur Revolution geschah ganz und gar nicht freiwillig. Am 10. Oktober 1911 stand bei Wuschang ein Hauptmann, dem eine Bande Aufständischer die Säbel auf die Brust setzten. Es wurde ihm die Wahl gelassen, entweder der General der Rebellenarmee zu werden oder auf der Stelle den Weg in die Ewigkeit anzutreten. Dieser Hauptmann hieß Lijuanhung. Er hatte die Wahl, seinen Kopf bestimmt durch die Revolutionäre oder unbestimmt durch die Henker der Mandschu zu verlieren. Er schaute ab; die Ehre sei zu groß für seine schwachen Kräfte. Allein noch ehe die Vorbereitungen zur Hinrichtung beendet waren, hatte er sich eines andern besonnen. Er nahm an. Am folgenden Tag verkündete der Telegraph der Welt den Namen Lijuanhung. Sein Versprechen hat er getreulich erfüllt. Die Aufständischen haben niemals Ursache gehabt, an seiner Ehrlichkeit oder seiner republikanischen Treue zu zweifeln. In beiden Lagern der Republikaner genießt er große Zuneigung, wie die hohe Stimmenzahl dargetut, womit er zum Vizepräsidenten erkoren wurde. In ihm hat der Freistaat einen vertrauenswürdigen Freund in Peking, allerdings auch bloß einen Politiker von unbekanntem, fragwürdigen Fähigkeiten. Trügen nicht alle Zeichen, so wird er die Politik des gewandten Diplomaten Juanshikai unterstützen, jedenfalls soweit sie auf die Förderung der Republik abzielt.

Nach alledem mag die Zukunft des chinesischen Freistaats düsterer scheinen, als sie womöglich ist. So drohend bewölkt auch zurzeit der politische Himmel Chinas durch die Präsidentschaftswahl, durch die Beendigung des schwer schädlichen Provisoriums ist, ist doch wenigstens die bange Ungewißheit des chinesischen Volkes beseitigt und den häßlichen Eifersüchteleien der parlamentarischen Kreise zum größten Teil der Boden entzogen worden. Damit ist die Möglichkeit zur Arbeitsfähigkeit der Volksvertretung geschaffen. An ihrer Entschlossenheit, Wachsamkeit und Klugheit wird es besonders liegen, ob und inwieweit Juanshikai den Schwur hält, den er als Präsident geleistet:

Ich werde mich getreulich bestrengen, die Republik zu fördern, die Nachteile, die die absolute Monarchie mit sich bringt, zu beseitigen, die Bestimmungen der Verfassung zu beobachten, die Wohlfahrt des Landes zu steigern und die fünf Klassen des Landes zu einer starken Nation zusammenzuschweißen. . . . Das schwöre ich vor der chinesischen Republik.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Steuer-„Gerechtigkeit“ in Preußen.

Herr Rudolf Martin, der frühere Regierungsrat im Reichsamt des Innern, hat sich eine Arbeit gemacht, der ein gewisses Verdienst nicht abgesprochen werden kann. Er gibt bekanntlich das Jahrbuch der Millionäre heraus, worin zum größten Verdruss der Besitzenden angegeben wird, mit wie vielen Millionen mancher privilegierte Staatsbürger im Jahr über auskommen muß. Das, was Martin in seinem Buche feststellt, ist auch gleichzeitig ein Beweis für die vielgepriesene „Gerechtigkeit“ im Lande. In Preußen gibt es eine ganze Reihe von Fürlichkeiten, die neben einem weit ausgedehnten Grundbesitz über ein recht ansehnliches Barvermögen verfügen, die alljährlich große Summen aus dem preußischen Säckel in Gestalt von Renten beziehen und in Folge des geltenden Steuerprivilegs auch nicht einen roten Pfennig Staatssteuern zahlen. Hier nur einige Fälle: Das Vermögen des Landgrafen Alexander Friedrich von Hessen auf Philippsruhe bei Hanau beträgt nach dem Jahrbuch der Millionäre in Hessen-Kassau mindestens 25 Millionen Mark bei einem jährlichen Einkommen von 1,6 Millionen Mark. Der Landgraf gehört zu den größten und reichsten Großgrundbesitzern von Preußen und besitzt in Holstein die Herrschaft Hesselstein mit Schloß Panter (5613 Hektar) und im Regierungsbezirk Kassel die Herrschaft Philippsruhe (1237 Hektar), zusammen also 6850 Hektar. Wenn man erwägt, daß die Stadt Berlin für die Herrschaft Panter (rund 4400 Hektar) eben 20 Millionen Mark zu zahlen hat, so kann man sich einen Begriff von dem Wert des gänzlich schuldenfreien Grundbesitzes des Landgrafen machen. Der Landgraf ist aber auf den Ertrag dieses riesenhaften Grundbesitzes keineswegs angewiesen, da er das Haupt des reichen landgräflichen Zweiges ist und auch über ein erhebliches Barvermögen verfügt. Der preußische Staat zahlt ihm jährlich aus dem im Jahre 1868 mit Beschlag belegten Hausvermögen des letzten Kurfürsten von Hessen-Kassel eine Rente von 606000 Mk. Dieser reiche Großgrundbesitzer ist in Preußen von jeder Staatssteuer befreit und trägt also weder von seinem Vermögen noch von seinem Einkommen irgend eine Steuerlast für den preußischen Staat.

Die nichtregierende landgräfliche Linie von Hessen hat eine ganze Reihe von Mitgliedern, die gleichfalls sehr reich sind und deren Vermögen zum Teil an das Vermögen des Oberhauptes heranreicht. Die beiden Nebenlinien Philippsthal und Philippsthal-Barchfeld erhalten zudem noch eine jährliche Rente von je 300000 Mk. Wer von den Mitgliedern der landgräflichen Familie steuerfrei ist, vermag niemand zu sagen; der preußische Finanzminister hat eine entsprechende Anfrage abgelehnt zu beantworten.

Das zweitreichste Mitglied der landgräflichen Linie von Hessen ist Landgraf Clodwig von Hessen-Philippsthal-Barchfeld. Sein Vermögen wird von Martin auf 15—16 Millionen Mark und sein Einkommen einschließlich der vom preußischen Staat gewährten Rente von 300000 Mk. auf 750000 Mk. beziffert. Landgraf Ernst von Hessen auf Schloß Philippsthal im Regierungsbezirk Kassel hat nach Martin ein Vermögen von mindestens 4—5 Millionen Mark und ein Einkommen von mindestens 460000 Mk. Die verwitwete Landgräfin Anna von Hessen in Frankfurt a. M. hat ein Einkommen von 3—4 Millionen Mark und ein Einkommen von 220000 Mk. Der Schwager des Kaisers, Prinz Friedrich Karl von Hessen, der jüngere Bruder des Landgrafen Alexander Friedrich von Hessen, hat immerhin ein Vermögen von 3—4 Millionen Mark und, ohne die Anpanne seiner Gemahlin, ein eigenes Einkommen von etwa 240000 Mark. Alle diese reichen Mitglieder der landgräflichen Familie von Hessen sind in Preußen steuerfrei. Ihr gesamtes Vermögen beträgt mindestens 54 Millionen Mark und ihr Einkommen 3,27 Millionen Mark. Und dabei sind alle diese steuerfreien Mitglieder dieser landgräflichen Familie nur ganz weitläufige Verwandte des am 6. Januar 1875 gestorbenen letzten Kurfürsten von Hessen, der keine erbfolgeberechtigten Kinder hinterließ.

Zu diesen privilegierten Nutznießern kommen dann noch alle diejenigen, bei denen die Steuerfreiheit durch besonderen Vertrag ausdrücklich festgelegt ist, wie z. B. bei den Mitgliedern des vormals hannoverschen Königshauses, ferner die Prinzen und Prinzessinnen von Preußen und schließlich der preußische König selbst.

Während also dem Arbeiter auch der letzte Pfennig seines geringen Einkommens versteuert wird, bleiben in

Preußen die großen Einkommen einer kleinen bevorrechteten Klasse und ein sehr großer Teil des besten preussischen Grundbesitzes gänzlich steuerfrei. Diese Steuerfreiheit könnte durch eine einfache Gesetzesänderung aufgehoben und dem Staate ansehnliche Summen zugeführt werden, wenn in Preußen neben der ungleichen Einkommenbesteuerung nicht noch das schändlichste aller Wahlrechte, des elende Dreiklassenwahlrecht bestehen würde. Für das ganze Reich könnte der hier geltende dreifache Besitz nur dann von Nutzen sein, wenn darauf hingearbeitet wird, daß von reichswegen eine Einkommen-, Vermögens- und ausgedehnte Erbschaftsteuer eingeführt werden. Um dies zu erreichen, gilt es den Kampf gegen das System der indirekten Besteuerung mit unerminderter Kraft fortzusetzen.

Her mit dem Zuchthausgesetz!

Man hätte annehmen sollen, daß der Festspruch des Schwurgerichts in Stettin die Schreier nach einem neuen Zuchthausgesetz etwas hätte verstummen lassen. Statt dessen ist genau das Gegenteil der Fall; denn gerade an der Hand des Falles Brandenburg bringt es die „Deutsche Tagesztg.“ fertig, nachzuweisen, daß nun erst recht scharfe Schutzbestimmungen für die Arbeitswilligen geschaffen werden müssen. Der Spruch der Geschworenen findet im Organ des Herrn Dertel selbstverständlich eine lebhafteste Verteidigung; sind es doch pommerische Agrarier gewesen, die als Geschworene mitgewirkt haben. Nach Ansicht der „Deutschen Tageszeitung“ ist dem Arbeitswilligen Brandenburg durchaus nicht nachgewiesen worden, daß er nicht in Notwehr gehandelt hätte. Das agrarische Blatt fährt dann fort:

Selbst wenn Brandenburg aber in der durch den Terrorismus der Streikenden hervorgerufenen Aufregung und Erbitterung zu unrecht angenommen haben sollte, daß eine Gefahr für Leib und Leben für ihn vorhanden sei, so würde doch die Schuld an einem solchen Verbrechen in vollem Umfange dem Streikterrorismus und diejenigen Partei treffen, die diesen Terrorismus systematisch betreibt und verteidigt. Ferner aber ist dieser Vorgang, der unter allen Umständen tief bedauerlich bleibt, weil er ein Menschenleben vernichtete, nur ein neuer Beweis dafür, wie bitter notwendig ein wirksamer gesetzlicher Schutz der Arbeitswilligen ist. So lange dieser Schutz leider fehlt, wird für die Arbeiter, die sich dem Streikterrorismus nicht beugen wollen, immer der Gedanke nahe liegen, sich auf dem Wege der Selbsthilfe gegen die Gewalttätigkeiten der Streikenden zu schützen. Vorgänge wie die Erstechung des Arbeiters Kühl sind nur die letzten traurigen Folgen dieses Mangels unserer Rechtsordnung; das würde gerade auch dann gelten, wenn in dem Brauendorfer Falle der Tatbestand der Notwehr nicht vorgelegen haben würde. Auch dieser Vorgang also ist auf jeden Fall eine tiefeste Mahnung an unsere Gesetzgebung, auf diesem Gebiete endlich ihre Pflicht zu tun.

Diese Sprüche sind nun geradezu pathologisch an, ganz abgesehen davon, daß sie eine direkte Anreizung der Arbeitswilligen enthalten, öfter gegen Streikende mit der blanken Waffe vorzugehen. Diese Angelegenheit wird bei der Beratung des Justizetats im Reichstage ganz bestimmt zur Sprache gebracht werden und muß zur Sprache kommen, weil, als die Tötung des Arbeiters Kühl sich abspielte, gerade die konservative Presse es gewesen ist, die sofort mit der Behauptung bei der Hand war, daß der Arbeitswillige Brandenburg bedroht worden sei und daß dieser Vorfall ein neuer Beweis für den unerträglichsten Terrorismus streikender Arbeiter sei. Dann wird sich auch Gelegenheit bieten, einmal die Moral des agrarischen Blattes etwas unter die Lupe der Kritik zu nehmen, und es darf heute schon als sicher betrachtet werden, daß das agrarische Hehlblatt dabei nicht besonders gut wegkommen wird.

Berschuldete Bauern.

Aus vier schlesischen Kreisen hat die Merikale „Schles. Volkszeitung“ bereits nähere Angaben über die Aufhebung bäuerlichen Besitzes gemacht, jetzt fügt der „Niederschles. Anzeiger“ genauere Daten aus dem Kreise Glogau hinzu. In der Zeit von 1879 bis 1913 sind in diesem Kreise 213 Besetzungen von Stollenbesitzern und 56 Bauerngütern an Großgrundbesitz verschluckt worden. Mit 25 000 Mark staatlichen Anlehnungsgeldern soll jetzt das wieder gutgemacht werden, was der Großgrundbesitz jündigte. Während die Junker so einen nach dem anderen austauschten, pedigten sie bei jeder Wahl denselben Leuten den alten Vers, daß die Sozialdemokraten die Bauern von ihrer Scholle vertreiben. Die Aufdeckung der wahren Verhältnisse ist den Agrariern höchst unangenehm, widerlegen aber können sie nichts.

Regelung der Sonntagsruhe.

Vor kurzem gingen die Nachrichten über einen Gesetzentwurf zur Regelung der Sonntagsruhe durch die Presse, die jetzt von der „Nordd. Allg. Ztg.“ als nicht ganz zutreffend bezeichnet werden. Es habe sich um einen Vorentwurf zu Begutachtungszwecken gehandelt. Der Gesetzentwurf, der im Spätherbst dem Reichstag zugehen werde, bestimmte im wesentlichen folgendes:

Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter vorbehaltlich der nachfolgenden Vorschriften am ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen nur wie folgt, beschäftigt werden: Im Betriebe der offenen Verkaufsstellen ist eine Beschäftigung bis zu drei Stunden zulässig. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für Orte, in denen die Bevölkerung aus der Umgegend an Sonn- und Festtagen die offenen Verkaufsstellen ansucht, eine Beschäftigung bis zu vier Stunden zulassen. Die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband kann durch statutarische Bestimmung die dreistündige Beschäftigung für eine oder einzelne Gewerbebezüge auf kürzere Zeit einschränken oder ganz unterlassen. Die Polizeibehörde kann für höchstens 6, mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde für weitere 4 Sonn- und Festtage, an denen besondere Verhältnisse einen weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu 10 Stunden zulassen. Im übrigen Handelsgewerbe kann die höhere Verwaltungsbehörde sowie durch statutarische Bestimmung die Gemeinde

oder ein weiterer Kommunalverband eine Beschäftigung bis zu 2 Stunden zulassen. Für das Spektations- und Schiffsmaklergewerbe sowie für andere Gewerbebetriebe, insoweit in ihnen Güterverwendungen mit Seeschiffen vorgenommen werden, kann in gleicher Weise eine Beschäftigung bis zu 5 Stunden zugelassen werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für jährlich höchstens 6 Sonn- und Festtage, an denen besondere Verhältnisse einen weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu 4 Stunden zulassen. Die Stunden, während deren eine Beschäftigung stattfinden darf, werden, soweit statutarische Bestimmungen erlassen sind, durch diese, im übrigen von der Polizeibehörde so festgelegt, daß der Besuch des öffentlichen Gottesdienstes frei bleibt. Die Stunden können für verschiedene Gewerbe verschieden festgesetzt werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für solche Gewerbebezüge, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, Ausnahmen von den obigen Vorschriften zulassen. Der Bundesrat trifft über die Voraussetzungen und Bedingungen der Zulassung von Ausnahmen nähere Bestimmungen; diese sind dem Reichstage zur Kenntnisnahme mitzuteilen. Die Vorschriften des Gesetzes finden auf die Geschäftsbetriebe der Versicherungsunternehmen einschließlich der Vereine zur Versicherung auf Gegenseitigkeit, der Versicherungsagenten und Makler, der Stellen-, Annoncen- und Auskunftvermittler, der Sparkassen, der Konsumvereine und anderer Vereine, die nach Art des Handelsgewerbes ihre Geschäfte betreiben, entsprechende Anwendung.

Der Gesetzentwurf enthält dann Beschränkungen seiner Geltung in bezug auf die Beschäftigung von Arbeitern in einer Reihe von gewerblichen Betrieben, Schankwirtschaften, Schaustellungen und Lustbarkeiten, im Verkehrsgewerbe, im Marktverkehr, in Apotheken usw. — Zur völligen Sonntagsruhe kann man sich natürlich nicht aufschwingen,

Der Reichstag bei der Völkerchlacht-Feier in Leipzig.

Eine Korrespondenz berichtet, daß die 100 Einladungskarten, die dem Reichstag für die Einweihung des Völkerchlacht-Denkmal überwiehen worden seien, gerade ausgereicht hätten. Eine Auslosung unter den etwa über den Kartenvorrat hinaus sich Meldenden wäre deshalb nicht notwendig gewesen. Von den 28 auf die sozialdemokratische Fraktion entfallenden Eintrittskarten sei nur eine begehrt worden. Wer dieser sozialdemokratische Abgeordnete sein soll, der sich diese Karte ausgebeten, das verrät die Korrespondenz nicht.

Die Reichstagskommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen

soll ein bestimmtes Arbeitsprogramm erhalten. Der Entwurf dieses Arbeitsprogramms sieht vor, die Behandlung allgemeiner und einzelner Fragen der Rüstungslieferungen. Als allgemeine Fragen kommen in Betracht die Entwicklung der Grundsätze und Methoden für die Lieferung von Rüstungsgegenständen unter Berücksichtigung der großen Privatbetriebe im Inland und großer Betriebe im Ausland, ferner der wirtschaftliche Zusammenhang der die Rüstungslieferungen berührenden Fragen mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Die „einzelnen Fragen“ sollen sowohl für inländische wie für ausländische Verhältnisse erörtert werden. Diese Einzelfragen betreffen die Möglichkeiten der Beschaffung, die Art der Vergütung und das Abnahmeverfahren.

Zu unserem Wahlsieg in Sachsen

wird uns geschrieben: Die Wahl im vierten sächsischen Reichstagswahlkreise (Dresden-Neustadt) hat bewiesen, daß der Kreis ein für allemal der Sozialdemokratie gehört und ihr nicht wieder entrisen werden kann. Die Mehrheit der Sozialdemokratie über die bürgerlichen Parteien ist sogar noch größer geworden seit der Hauptwahl im Jahre 1912.

Damals erhielt Kadon 31 640, der Konservative Wehlig 13 893, der Freisinnige Klöppel 12 633, das Zentrum 319. Bei dieser Wahl hatten die Nationalliberalen die Parole für die Freisinnigen, das Zentrum für die Konservativen. Das Resultat war: Buck (Soz.) 31 189, Hartmann (Konj.) 14 298, Klöppel (Freis.) 10 890.

1913:	Sozialdemokratie	+ 6601
1912:		+ 6065
1907:		+ 440.

Wie man hieraus erzieht, sind die freisinnigen Stimmen um 1356 zurückgegangen, was wohl besonders dem Abschwenken rechtsstehender Nationalliberalen zu den Konservativen zuzuschreiben ist. Die Sozialdemokratie hat einen Rückgang von 500 und die Konservativen haben einen Zuwachs von 500, wobei man berücksichtigen muß, daß das Zentrum diesmal für sie gestimmt hat. Wenn man bedenkt, mit welcher großen Hoffnungen die Konservativen und Freisinnigen in den Wahlkampf gezogen — sie rechneten bestimmt darauf, daß es zur Stichwahl kommen werde — So ist das Resultat doppelt hoch anzuschlagen.

Die bürgerlichen Parteien waren äußerst rührig und haben sich die Wahl eine Stange Gold kosten lassen. Vielleicht hat Dr. Hartmann, der Schwiegerohn des reichen Schiffsreeders Wörmann gehörig in die Tasche gegriffen. Er selbst gab sich den Anschein eines sachlich kämpfenden Gegners, desto gemeiner waren die für seine Kandidatur herausgegebenen Flugblätter. In einem derselben wurde sogar der Mörder Schuhmeiers als Märtyrer verherrlicht.

Interessant ist auch, daß das Land, das ja allerdings stark mit Arbeiterbevölkerung durchsetzt ist, ebenfalls die weitaus größte Stimmenzahl für unsere Kandidaten aufbrachte. Es erhielten in den ländlichen Bezirken: Dr. Hartmann (Konj.) 8471, Klöppel (Fortf.) 4965, Buck (Soz.) 12 481 Stimmen, während in den städtischen Bezirken das Verhältnis folgendes war: Buck 18 628, Klöppel 6036, Hartmann 5960 Stimmen.

Die Sozialdemokratie hat jedenfalls mit Ehren den Wahlkampf bestanden und den bürgerlichen Parteien klar gemacht, daß für sie in diesem Kreise nichts mehr zu holen ist.

Aus dem Bayerischen Landtage.

Im Landtage kam auch am Freitag die Steuervollzugs-Debatte nicht zu Ende. Die Behauptung des Zentrums, daß nur der schlechte Vollzug der an sich guten Steuergesetze die große Aufregung im Lande hervorgerufen habe, strafen eine Anzahl Zentrumsabgeordneter jetzt selbst Lügen, indem sie soeben einen Antrag auf Abänderung der Steuergesetze eingebracht haben. Dieser Antrag verlangt gewisse Erleichterungen im Sinne von sozialdemokratischen Anträgen, die seinerzeit vom Zentrum abgelehnt worden sind. Die Hauptabsicht dieses Antrages ist aber ein Wahlrechtsraub. Das Wahlrecht ist in Bayern an eine Steuerleistung gebunden, deshalb hat man bei der Steuerreform von 1910 auch für Einkommen von 300 bis 600 Mark eine Mindeststeuerleistung vorgeesehen. Der Zentrumsantrag will nun die Einkommen von 300 bis 600 Mark steuerfrei lassen und damit zahlreichen Landproletariern das Wahlrecht nehmen. Das Zentrum fühlt sich seit den letzten Wahlen der Gefolgschaft seiner Elemente nicht mehr sicher, daher der Versuch, jetzt unter dem Vorwande sozialer Schonung diese Kreise zu entrichten. Der Zentrumsantrag dürfte aber sofort die ganze Steuerfrage wieder aufrollen und sich zu einer umfassenden Revision der Steuergesetze selbst auswachen, eine Aufgabe, die der gegenwärtige Landtag schwerlich bewältigen kann.

Holland.

Das neue holländische Ministerium und die Beamtenorganisationen. Der liberale Verkehrsminister Dr. Lehr hat eine Maßnahme getroffen, die zeigt, daß der sozialistische Wahlsieg vom vergangenen Juni nicht ohne Folgen bleibt. Er beauftragte den Generaldirektor des Post- und Telegraphenwesens eine Konferenz der Vertreter sämtlicher Organisationen der Postangestellten einzuberufen, in der über eine Regierungsvorlage zur Aufbesserung der Löhne beraten und weitere Wünsche des Personals entgegengenommen werden sollten. Die Konferenz hat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Generaldirektors und unter Zugiehung vieler hoher Postbeamten im Haag stattgefunden. Sie war auch besetzt von einer Reihe von den örtlichen Postdirektoren ausgesuchter Personen, die das nichtorganisierte Personal vertreten sollten. Zufälligerweise waren diese Vertreter fast sämtlich auch Organisierte. Die Angestelltenvertreter einigten sich in ihren Wünschen, die dann von unserm Parteigenossen van Stapels, dem Vertreter der Gewerkschaftszentrale, an die alle Postbeamten-Organisationen angeschlossen sind, in einer längeren Rede erläutert wurden. Der Generaldirektor teilte mit, daß er fortan eine ständige Vertretung aus der Organisation als Mitberatungsstelle für Personalfragen einzurichten gedenke und auch erweiterte Konferenzen, wie die jetzt abgehaltene, weiter einberufen würde. Bedenkt man, wie das Postpersonal und besonders seine Organisationen unter dem vorigen Ministerialen Kabinett immer drangsaliert wurden, dann ist der Fortschritt unverkennbar.

Asien.

Neue Unruhen sind in Persien ausgebrochen. In Isfahan sind die Basare geschlossen. In Volksversammlungen und in den Moscheen wird die Verjagung der Bachtären gefordert, sowie die Rückkehr der Familie des Prinzen Silt Sultan. In Kerman herrscht ebenfalls Unruhe. Die Bevölkerung protestiert gegen die Besteuerung der Verkehrsmittel.

Amerika.

Ein Gewaltstreik. In Mexiko sind 110 Abgeordnete, die eine Resolution unterzeichnet hatten, in der sie erklärten, sie würden, falls das Verschwinden von Abgeordneten kein Ende nähme, die Kammer auflösen und ihre Sitzungen irgendwo anders abhalten, verhaftet und gefangen gesetzt. Die Annahme der Resolution war im Zusammenhang mit dem Verschwinden des Senators Dominguez, der kürzlich eine Rede gehalten hatte, in der er Huerta angriff, erfolgt. Beide Häuser des Kongresses wurden, wie eine weitere Meldung besagt, nach der Verhaftung der Abgeordneten suspendiert. Durch eine Proklamation sind die Neuwahlen auf den 26. Oktober, dem Tag der Präsidentenwahl, festgesetzt. Eine weitere Meldung besagt, daß die verhafteten Abgeordneten wieder freigelassen worden sind.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 13. Oktober.

Die bevorstehenden Bürgerstimmwahlen.

Der Wortführer der Bürgerschaft erklärt im Amtsblatt folgende Bekanntmachung: Im November 1913 hat die Neuwahl von 42 Vertretern der Bürgerschaft stattzufinden. Es sind zu wählen:

A. durch Abteilung I:

Im 1. Wahlbezirk (Jakobi-Quartier und Vorstadt St. Gertrud mit Ausnahme des Gebietes der früheren Landgemeinden Israelsdorf und Gohmund) 8 Vertreter und zwar 7 Vertreter auf 6 Jahre und 1 Vertreter auf 2 Jahre.

Im 2. Wahlbezirk (Marien-Magdalenen-Quartier und nordöstlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz) 8 Vertreter auf 6 Jahre.

Im 3. Wahlbezirk (Marien-Quartier und südwestlicher Teil der Vorstadt St. Lorenz) 8 Vertreter auf 6 Jahre.

Im 4. Wahlbezirk (Johannis-Quartier und Vorstadt St. Jürgen mit Ausnahme der Heilanstalt Strecknis) 8 Vertreter, und zwar 7 Vertreter auf 6 Jahre und 1 Vertreter auf 4 Jahre.

B. durch Abteilung II:

Im 1. Wahlbezirk 1 Vertreter auf 6 Jahre
2. „ 1 „ „ 6 „
3. „ 1 „ „ 6 „
4. „ 1 „ „ 6 „

C. durch Abteilung III:

Im 6. Wahlbezirk (die Stadtteile Stems-Dänische Burg und Rücknig-Perrenwyk, das Gebiet der dem Kurort

und Seebad Travemünde eingemeindeten früheren Gemeinde Gneversdorf und die Gemeinden Brodten, Teutendorf, Rönnau, Fvendorf, Böpsendorf und Dummerdsdorf) 1 Vertreter auf 6 Jahre.

Im 7. Wahlbezirk (das der Vorstadt St. Gertrud zugelegte Gebiet der früheren Gemeinden Israelsdorf und Gohmünd, der Stadtteil Schlup und die Gemeinden Westoe, Schattin und Uecht) 1 Vertreter auf 6 Jahre.

Im 8. Wahlbezirk (die Stadtteile Krepelsdorf und Wörwerk und die Gemeinden Schönböden, Kurau, Dissa, Malkendorf und Krumbek) 1 Vertreter auf 6 Jahre.

Im 9. Wahlbezirk (die Stadtteile Moisting und Genin, die Heilanstalt Strecknig und die Gemeinden Strecknig, Wulfsdorf, Worrade, Blankensee, Weidendorf, Krummesse, Kronsförde, Niederbüßau, Oberbüßau, Niendorf und Reede) 1 Vertreter auf 6 Jahre.

Im 10. Wahlbezirk (Rigerauer Landbezirk) 1 Vertreter auf 6 Jahre.

D. durch Abtheilung IV:

Im 9. und 10. Wahlbezirk 1 Vertreter auf 6 Jahre.

Die Wählerlisten

für diese Neuwahlen liegen vom **Mittwoch, dem 15. Oktober, bis zum Donnerstag, dem 23. Oktober**, einschließlich, zu jedermanns Einsicht aus, und zwar:

für den ersten bis vierten Wahlbezirk im Bureau des Stadt- und Landamtes zu Lübeck (Statistisches Amt, Fleischhauerstraße Nr. 18, II. Obergesch.) werktäglich vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr, am Sonnabend, dem 18. Oktober jedoch nur vormittags von 9 bis 10¹/₂ Uhr und am Sonntag, dem 19. Oktober von 10 bis 1 Uhr;

für den sechsten Wahlbezirk im Polizeibureau zu Rücknig, werktäglich vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr;

für den siebenten Wahlbezirk im Polizeibureau zu Schlup, Westöer Straße Nr. 1, werktäglich vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr;

für den achten Wahlbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Schönböden, Herrn G. F. F. E. W. Lauenstein;

für den neunten Wahlbezirk:

a) für den die Stadtteile Moisting und Genin, die Heilanstalt Strecknig und die Gemeinden Strecknig, Niendorf und Reede umfassenden Unterbezirk in der Meldestelle zu Moisting,

b) für den die Gemeinden Wulfsdorf, Worrade, Blankensee, Weidendorf, Krummesse, Kronsförde, Niederbüßau und Oberbüßau umfassenden Unterbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Kronsförde, Herrn G. F. F. Schnoor,

für den zehnten Wahlbezirk:

a) für den die Gemeinden Düchelsdorf, Sierrade, Hollenbeck, Behlendorf, Absfelde, Giesensdorf und Harmsdorf umfassenden Unterbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Behlendorf, Herrn G. F. F. Ehlers,

b) für den die Gemeinden Ruffe, Rigerau, Poggensee, Groß-Schretstaken, Klein-Schretstaken und Tramm umfassenden Unterbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Ruffe, Herrn J. F. W. Püst.

Einsprachen gegen die Listen sind spätestens am Tage nach Schluß der Auslegung schriftlich bei dem Vorsitzenden des Bürgerausschusses Herrn Präses R. F. R. Dimpler (Rathaus, Kanzlei der Bürgerschaft) anzubringen.

Arbeiter, Parteigenossen! Seht die Wählerlisten ein!

Mit den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen wird sich am kommenden Mittwochabend im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschäftigen. Weiter wird in dieser Versammlung die Aufstellung der Kandidaten erfolgen. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das zahlreiche Erscheinen der Genossen und Genossinnen notwendig.

Aus der Bürgerschaft ausgetreten ist der Kaufmann G. E. W. G. Seidel, der dieser Körperschaft seit 1909 angehörte.

Der Graf-Vortrag-Kursus wird heute Abend im Gewerkschaftshaus fortgesetzt. Pünktliches Erscheinen der Teilnehmer wird erwartet. Eintrittskarten sind am Saaleingang noch erhältlich.

Der Wettbewerb um das vom Senator Possehl gestiftete Kaiser-Wilhelm-Volkshaus hat, wie wir bereits meldeten, den Eingang von 23 Entwürfen gezeitigt. Obwohl wir dem Geselch des Herrn Senators ablehnend gegenüberstehen — weil es nicht für die Allgemeinheit, sondern nur für einen Teil unserer Bevölkerung bestimmt ist, aber dem Staat erhebliche dauernde Lasten (Unterhaltungskosten) bringen wird, und weiter, weil es als Ehrung für einen Monarchen gedacht ist, dessen Regierung durch das schändliche Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie gekennzeichnet wurde —, hat nach unserer Meinung die breite Masse der Bevölkerung Lübecks ein Interesse daran, zu erfahren, wie die Ausgestaltung des wertvollsten Platzes, den unsere Stadt besitzt, gedacht ist. Dieser wertvolle Platz ist zwischen dem alten Bahnhofgebäude und den Hofstentorfirmen gelegen. An seiner Südseite, wo gegenwärtig der frühere Zollschuppen steht, soll das sogenannte Kaiser-Wilhelm-Volkshaus und das Kaiser-Wilhelm-Denkmal errichtet werden. In dem Wettbewerb wurde der Entwurf des Regierungsbauamteilers Erich Blum in Berlin mit dem ersten Preise ausgezeichnet. Das Preisgericht sagt über diesen Entwurf: „Die vorgeschlagene Ausgestaltung wird im Grundgedanken vom Preisgericht als eine glückliche anerkannt. Das Preisgericht hält jedoch den geplanten engen Anschluß der Gebäude auf der Nordseite an das Hofstentor nicht für richtig. Hier ist durch einen Zwischenraum, in dem der Raumbedarf zu erhalten ist, der freie Blick auf die Marien-

kirche von der Westseite des Platzes aus freizuhalten. Die vorgeschlagene Stellung des Denkmals ist nach der Auffassung des Preisgerichts die allein gewiesene. Vor allem ist in diesem Entwurf der absolute Maßstab, der an diesem Plage erforderlich ist, in ganz vorzüglicher Weise getroffen. Seine ganze Gestaltung ist in bezug auf die Gesamtanordnung, die Gestaltung der Räume und Zugänge, die Bewältigung des Verkehrs der großen Menschenmassen und die klare Trennung der Haupttraumgruppen und deren geschickte Verbindung untereinander eine gute Lösung der schwierigen Aufgabe. Die Architektur knüpft, bei aller Wahrung ihrer Selbstständigkeit, an gute libedische Ueberlieferung an. Sie ist geeignet, durch ihre Anordnung unter das Hofstentor dessen Wirkung zu steigern und damit den ganzen Platz zu großer Bedeutung zu erheben. Neben diesen großen Vorzügen sind allerdings auch Mängel zu nennen, die vor allem darin bestehen, daß der Verkehr aus den Ausgängen nach einer Stelle geführt wird, wo er auf der Straße nicht erwünscht ist. Das ist zu ändern durch eine andere Lösung der Zugänge nach der Seite des vorgezogenen Flügels, die im Rahmen des Entwurfs möglich ist. Die große Bogenöffnung der kleineren Vorhalle ist im Maßstab mit Rücksicht auf die Form des Hofstentors zu groß gegriffen. Eine Aenderung erscheint erwünscht. Eine Einschränkung der Höhe des Daches des vorgezogenen Flügels wird zu erwägen sein.“

Weiter führt das Preisgericht aus, daß es der Ansicht ist, daß eine Umbauung des ganzen Platzes angestrebt, jedoch das Hofstentor in seiner freien Stellung erhalten werden muß und nicht unmittelbar an das Bauwerk Gebäude angeschlossen werden dürfen, sondern zugleich ein Durchblick auf den Hof erhalten werden sollte. Um eine einheitliche Umbauung des hervorragenden Platzes, der künftig der Mittelpunkt der ganzen Stadt sein wird, zu sichern, empfiehlt das Preisgericht, daß am westlichen und nördlichen Abschluß des Platzes und an seiner Südseite neben dem Hofstentor, sowie auf dem Baublock zwischen Stadtgraben und dem in Aussicht genommenen künftigen Verwaltungsgedäude nicht hohe Bauten mit geschlossenen Fronten entstehen, sondern daß eine aufgelöste Bauweise mit mäßiger Höhenentwicklung gewählt wird. Das Preisgericht macht bei dieser Gelegenheit die Anregung, den jetzigen Uebelstand, daß das Hofstentor verunkutet ist und in diesem Zustande für die Platzgestaltung erhebliche Schwierigkeiten bereitet, dadurch zu beseitigen, daß das Tor in seiner Gesamtheit gehoben wird und zwar nicht durch eine mechanische Hebung, sondern durch vorsichtiges Abtragen und genaues Wiederaufbauen an derselben Stelle. Hiermit würde zugleich die Möglichkeit seiner künftigen würdigen Verwendung geboten sein und dadurch eine sichere Bürgschaft für die dauernde Erhaltung dieses hervorragenden Baudenkmal gegeben werden.

Das wird sicherlich nicht sehr billig werden. Wir wollen unsere Leser nochmals darauf hinweisen, daß die Volkshaus-Entwürfe bis zum 20. Oktober im Marmoraal des Stadttheaters ausgestellt sind und unentgeltlich besichtigt werden können.

Ausstellung der städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Man schreibt uns: Die Direktion der städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke beabsichtigt, im Laufe des nächsten Monats, wahrscheinlich in der Zeit vom 8. bis 30. November d. J., in den früheren provisorischen Räumen des Wagenhauses Rudolph Karstadt am alten Eisenbahndamm eine Gas- und Elektrizitäts-Ausstellung unter Mithilfe der Zentrale für Gasverwertung e. V. Berlin und der Geschäftsstelle für Elektrizitätsverwertung e. V. zu veranstalten. Die Ausstellung soll von der hohen Bedeutung Zeugnis geben, welche die beiden Energieträger Gas und Elektrizität bisher auf dem Gebiete der Beleuchtung, der Küche, der Heizung, der Warmwasserbereitung und der Versorgung des Gewerbes mit Kraft und Wärme erreicht haben, sie soll dem Publikum möglichst alle Verwendungsgebiete für Gas und Elektrizität vor Augen führen. Außerdem werden in der Ausstellung selbst von Damen und Herren Lehrvorträge gehalten; insbesondere soll den Hausfrauen Gelegenheit geboten werden, sich über die moderne Küche und moderne Kochweise zu unterrichten. Es ist beabsichtigt, auch ortsansässige Installateure und einschlägige Geschäfte zu der Ausstellung heranzuziehen, so daß die Ausstellung gleichzeitig ein Bild Lübecker Gewerbetreibenden bieten wird. Auf Einzelheiten werden wir später zurückkommen.

b. Dritte Strafkammer am 11. Oktober. Ein ausgezeichneter Schwindler entpuppte sich in der Person des Knechts W. aus Gadebusch, dessen letzte Stellung sich bei dem Hofbesitzer Hardt in Obermoohde befand. Der oft vorbestrafte Knecht scheint zum Aderbau und zur Viehzucht weniger Neigung zu haben als für lottes Leben. Um ein solches führen zu können verließ W. auf einen alten Trick, der, so oft er auch in immer neuer Auflage wiederkehrt, doch wieder angewandt werden kann und Gutgläubige findet. Er gab sich als Landmann Hardt aus, ließ sich in einem größeren Geschäftshaus Anzug, Hut und Hemden geben und wiederholte den Auftrag mit Erfolg einige Tage später. Einem guten Einkäufer kann es passieren, daß er mit seinem Gelde zu kurz kommt und zu einem bekannten Geschäftsmann geht, damit ihm dieser aus der momentanen Verlegenheit helfe. 30 Mark wurden dem Knecht anstandslos ausbezahlt, nachdem er eine Quittung mit dem Namen Hardt unterschrieben hatte. Man sollte glauben, daß nach solch erfolgreichem Versuch an ein und demselben Ort einem Schwindler der Boden zu heiß würde. Bei dem Angeklagten war dies nicht der Fall, der Erfolg reizte ihn zu neuen Versuchen. Drei Tage später ließ er sich wieder zwei Paar Hosen einpaßen, die nach einem Restaurant geschickt werden sollten. Als W. noch einmal 30 Mark gepumpt haben wollte, stieg auch dem Geschäftsleiter der Verdacht hoch. Darauf ließ W. die Hosen im Stich und verschaffte sich ein Auto. Er trat an den Chauffeur heran, stellte sich als den bekannten Landmann vor, der eben ein Fahrrad gekauft habe und noch einen 50-Mark-Schein besitze, den er mit zwei Mädchen auf den Kopf hauen wolle. Also wurde herumgefahren und herumgezockt. Die Summe von 28 Mark legte der Chauffeur vorläufig aus. In der Rathaushalle wurde gemeinsame Abendtisch abgehalten, und als die Zeche von 16 Mark bezahlt werden sollte, stellte sich heraus, daß der Herr „Landmann“ keinen roten Kreuzer bei sich hatte. Er redete sich damit heraus, der 50-Mark-Schein müsse ihm gestohlen worden sein. Nun wurde W. zur Wache geschleppt. Da gab er sich wieder mit Bestimmtheit als das andere Ich aus, worauf der Kellner oder Chauffeur für ihn Bürgschaft übernahm. Nach diesen gewiß dem geriebensten Großstadtdauner Ehre machenden Schwindel setzte W. noch einen weiteren Trumpf auf. Er bat den Chauffeur, ihn zum Schluß nach der Ziegelstraße zu fahren, wo er Verwandte wohnen habe. Als das Toff-Löff dort hineinfuhr, sprang die Kraftwagentür auf — und Koh und Ketter war verschwunden. Für diese gemeingefährlichen Taten, wie sie der Staatsanwalt bezeugte, wurde auf 1¹/₂ Jahre Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, sowie 5jährigen Ehrverlust erkannt. — Als ein kaufslustiger Ehegandab gab sich der Arbeiter E. aus dem Krankenhaus entlassen, ging er in ein Maßgeschäfte und suchte sich für 150 Mark Bettfedern und Inletts aus. Dem Geschäftsmann flunkerte E. vor, seine Braut komme in den nächsten Tagen, werde die Betten dann selbst kopfen und bezahlen. Kleinere notwendige Sachen, die er auf dem Leibe tragen konnte, nahm er gleich mit, die ganze

Geschichte sollte dann in einem beglückten werden. Dasselbe Manöver unternahm der angebliche Bräutigam noch bei zwei weiteren Geschäftsleuten mit Erfolg. In Schlup ließ er sich ein Fahrrad, das anders Tags wieder abgeliefert werden sollte. Wohin es gekommen ist, will der Angeklagte nicht wissen, da er wieder im Krankenhaus aufgenommen werden mußte. Das Gericht ging weit über den Staatsanwaltschaftstrag, der auf 1 Monate Gefängnis lautete hinaus und verurteilte den wegen ähnlicher Vergehen viermal Vorbestraften zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis. — Aus Not. Wegen Betrugs und Urkundenfälschung hatte sich die Ehefrau eines hiesigen Arbeiters zu verantworten. Um bei den verschiedenen Krämmern Kredit zu bekommen, gab sie einmal an, ihr Mann habe eine Erbschaft von 80 000 Mark gemacht, die in den nächsten Tagen ausbezahlt werde, ein anormal stellte sie eine gute Stellung des Mannes in Aussicht. Um ihre Zahlungsfähigkeit zu beweisen, fertigte die Frau ein Kontobuch an, nach dem sie in andern Geschäften Kredit genossen haben soll. So erhielt die Angeklagte Waren für 12, 25 und 35 Mark. Sie erklärt, nur aus Not so gehandelt zu haben, da ihr Mann so gut wie gar nichts zum Lebensunterhalt für sie und ihre Kinder beitrug. Das Gericht berücksichtigte die Notlage und erkannte nur auf einen Monat Gefängnis statt auf drei, wie der Erste Staatsanwalt wünschte. — Ein rüchfalliger Dieb ist der noch jugendliche Arbeiter K., der einem armen Teufel Jadedt und Normalhemd stahl und dessen Legitimationspapiere, mit denen er nichts anzufangen wußte, in die Trawe warf. Urteil: 6 Monate Gefängnis. — Mit falschem Namen wanderte der Arbeiter W. aus Grubenz ins Gefängnis, wo er gegenwärtig zwei Monate wegen Diebstahls verbüßt. 3 Wochen und 3 Tage werden zu dieser Strafe noch hinzugefügt.

Straßenpflaster. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten ist die Strecke der Straße „Am Lindenplatz“ von der Fackenburg Allee bis zur Straße „Beim Retteich“ vom Dienstag, dem 14. Oktober d. J. ab, bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: In der kommenden Woche findet in der Oper reger Betrieb statt. Am Dienstag geht neuinsubstiiert Loryngis beliebter „Wildehüh“ in Szene. Herr Schuster wird die Partie des Schulmeisters Baculus singen, also die erste größere Partie an unserer Bühne in seinem Fach, in der er bereits am Stuttgarter Hoftheater verschiedentlich mit Erfolg aufgetreten ist. Am Sonnabend, dem 18. Oktober, geht die neue Oper „Theodor Körner“ mit Herrn Joseph Schöffel in der Titelrolle in Szene. — Am auf die Anfrage mehrerer Donnerstag-Abonnementen, wann „Der Ruhrteigen“ auf ihren Abonnementstag fällt, zukünftig kommen, sei mitgeteilt, daß diese Oper am Donnerstag, dem 23. Oktober zur Aufführung gelangt.

Grevesmühlen. Selbstmord des Postdirektors. Der Postdirektor Meyn wurde in dem verschlossenen Wartezimmer des Postgebäudes tot aufgefunden. Er hatte seinem Leben durch Vergiftung ein Ende gesetzt. Über die Beweggründe der Tat ist bisher nichts Bestimmtes bekannt geworden. Postdirektor Meyn war erst vor einem Vierteljahr von Leipzig nach Grevesmühlen versetzt worden.

Kiel. Wegen Mordversuchs verurteilt. Das Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Wog wegen versuchten Mordes und versuchten Totschlages, begangen an seiner Frau und seinem Sohn zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Drage (Schleswig). Von Einbrechern ermordet. Der 80 Jahre alte Landmann Hans Wehden ist in der Nacht zum Sonnabend von Einbrechern erschossen worden. Eine größere Summe Geldes ist geraubt worden. Zu dem Raubmord wird weiter gemeldet, daß drei Täter in Frage kommen, die dem Landmann Wehden, nachdem er auf dem Viehmarkt in Süderstapel 6000 Mk. einkassiert hat, gefolgt sind. Die Raubmörder sind noch nicht gefast.

Harburg. Der Streit bei der Firma Gebr. Salomon dauert trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Firma unverändert fort. Es wird nach wie vor um Fernhaltung des Zuzuges nach Harburg er sucht. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin nehme Arbeit bei der Firma Salomon an. Verband der Fabrikarbeiter. Zahlstelle Harburg.

Emden. Beendeter Streit im Emdener Hafen. Nach einer Dauer von 20 Wochen mußte der Streit erfolglos beendet werden. Der Kampf wurde von beiden Seiten mit großer Zähigkeit und Ausdauer geführt. Wenn die Streikenden die Beendigung des Streiks beschloßen, so aus dem Grunde, um nicht bei einer weiteren Dauer nutzlos ihre Kräfte zu vergeuden. Bei aller Energie der Streikenden wurde der Streik mit völlig ungleichen Kräften geführt. Nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern auch gegen das vereinigte Kapital aller Schattierungen, sowie gegen die mit dem Unternehmertum verbündeten christlichen und sonstigen Arbeitswilligenlieferanten mußte der Kampf geführt werden. Dazu hagelte es Strafanbete und Gefängnisstrafen, die in solchem Maße wohl noch bei keinem Streik zu verzeichnen gewesen sind. Auf bloße Anzeigen von Polizeibeamten und Arbeitswilligen hin wurden die härtesten Strafen verhängt. Verhielten sich die Behörden und die Stadtverwaltung zu Anfang des Streiks neutral, so änderten später auch sie ihre Stellungnahme. So wurden die rückständigen Steuern in der rückständigste Weise eingetrieben. Arbeitern, die Wohnungen von der Stadt innehaben, wurden die Mieten erhöht. Die Hansagrattier taten ein übriges und schraubten die Mieten in unerhörter Weise in die Höhe. Die Inhaber der städtischen Wohnungen mußten einen Mietvorschuß von 30 Mark bezahlen und dann unterschreiben, daß von diesem Mietvorschuß die Steuern in Abzug gebracht werden, und daß dann der Betrag sofort wieder auf 30 Mk. erhöht werden muß. Wer die Unterschrift verweigerte, wurde auf die Straße gesetzt. Ebenso rückständiglos wurden auch die verhängten Polizeistrafen eingetrieben. Wer nicht innerhalb der gesetzten Frist bezahlte, bei dem erschien der Gerichtsvollzieher und pfändete. Gegen diese Drangsalierungen weiter anzukämpfen, erschien die Arbeiter nicht rasam. Hätten die Streikenden nur gegen das Unternehmertum resp. den Hafenbetriebsverein zu kämpfen gehabt, dann würden sie die Waffen auch jetzt noch nicht strecken. Und hoch konnten die Unternehmer in den zwanzig Wochen harten Kampfes den Sieg über die streikenden Hafenarbeiter nicht erringen. Geschloßen und einig, wie der Kampf begonnen, wurde er beendet. Nicht nutzlos, sondern derzeit kampfbereit stehen die Arbeiter in den Hafen juria, in dem Bewußtsein, daß auch dieser Kampf, wenn er auch einen Erfolg nicht zeitigte, dennoch nicht nutzlos gewesen ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Dankschreiben und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Verkauf lebender Bütt
vom Boof aus
am Dienstag, dem 14. Oktober
vormittags von 8 Uhr ab an der
Dankwartsbrücke,
Eufiner Brücke,
Struckfahre
und
Hüftertorbrücke. 7744

Für die vielen Gratulationen
und Geschenke zu unserer Hochzeit
danken herzlich. (7771)
Gustav Stolten und Frau,
Marie, geb. Wulff.
Lübeck, den 14. Oktober 1913.

Allen Verwandten und Bekannten
sowie den Mitarbeitern der Firma
W. F. C. Beth für die vielen Glück-
wünsche u. Geschenke zur Hochzeit
herzlichsten Dank. (7767)
F. Gasau und Frau, geb. Stammer.

Für die erwiehene Aufmerk-
samkeiten anlässlich unserer Hoch-
zeit danken herzlich. (7766)
P. Wühl u. Frau, geb. Timm.

Für die vielen Glückwünsche, Ge-
schenke und Telegramme zu unserer
Hochzeit danken herzlich
Bernh. Fust und Frau Marie,
geb. **Tollgreen.** (7768)

Freitag abend 10 Uhr entließ
plötzlich uns allen unerwartet an
Herzkrampf in ihrem 41. Lebens-
jahre meine liebe Frau, meiner
Kinder treuherzige Mutter, unse-
re gute Tochter, Schwester und
Schwägerin

Marie Tang
geb. **Grimm.**
In tiefer Trauer
Herm. Tang u. Familie.
Lübeck, Schützenstraße 56a.
Beerdigung Dienstag, Beginn
der Trauerfeier 8 1/2 Uhr in der
Kapelle des Vorwerker Fried-
hofes. (7743)

Plötzlich und unerwartet starb am
Sonntag mein lieber Mann, und
meiner Kinder guter Vater, der
Arbeiter

Robert Heinrich.
Dies zeigen tiefbetruert an
Luise Heinrich und Kinder.
Frau Heinrich, geb. Pähls.
Schmidt und Frau Sophie, geb.
Heinrich.
Krug u. Frau Helene, geb. Heinrich.
Heinrich und Frau Marie, geb.
Beutler.
Beerdigung findet am Dienstag,
Schmitt, 2 1/2 Uhr, vom Vorwerker
Friedhof aus statt. (7756)

Deutscher
Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.
Den Mitgliedern die traurige Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Kalkarbeitgeber
Robert Heinrich
am 11. d. Mts. gestorben ist.
Eure feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dien-
stag, dem 14. Oktober 1913, nach-
mittags 2 1/2 Uhr von der Kapelle
auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Versammlung des Gefolges um
8 1/2 Uhr bei Paul Lindenberg in
Krempelsdorf.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. (7721)

Sozialdemokratischer Verein.
Ausserordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 15. Oktober 1913
abends 8 1/2 Uhr
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Die sozialdemokratische Fraktion im lübischen Vierklassen-
parlament. Referent: Bürgerchaftsmitglied J. Stelling.
3. Anfechtung der Kandidaten für die kommenden Bürger-
chaftswahlen.
4. Verschiedenes.
Um rechtzeitiges Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Geschäfts-Übernahme
Einem geehrten Publikum zeige hierdurch ergebenst an, daß ich das Restaurant
Brömsen-Halle
Breite Straße 44, Markthallen-Eingang, übernommen habe.
Kalte u. warme Speisen zu jeder Tageszeit.
= Angenehmer Aufenthalt für Familien. =
Um gütigen Zuspruch bittet
Carl Clorius früher **St.-Lorenz-Halle, Ecke Moislinger und**
Lachwehr-Allee. (7763)

Ein leeres Zimmer zu vermieten
(7757) **Wickedeft. 19, 1.**
Leeres Zimmer zum 1. Novbr.
zu mieten gesucht. Angebote unter
R L 9 an die Exp. d. Bl. (7754)

Ein Kinderwagen
mit Gummireifen billig zu verkaufen.
(7770) **Lühowstr. 20.**

Eine hübsche Stubeneinrichtung,
eine Trittnähmaschine und ein Fahr-
rad billig zu verkaufen. (7711)
Vorwerk b. Lübeck, Dorfstr. 20.

Herren-Winter-Überzieher, neu,
1 Blackwag, Kleiderschürz., bunt
u. weiß, **Damen-Waschhemden,**
weiß, billig zu verkaufen. (7758)
Flora Rauch, Wickedeft. 19, 1.

Ein guter, **Wint.-Jacke f. schlank**
Kiaur, einige Blusen u. Winterhut
billig zu verk. **Schügenstr. 34, 1.**

Vereinigte
Butterhändler
von Lübeck
und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50 Mk.** (7762)

Bilder werden billig ein-
gerahmt. Schu-
bilder von 60
Pfennig an. (7745)
Fr. Bohse, Glaseri,
Rottwischstr. 6.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12
Detail-Verkauf a. d. Diele. (7466)
la. Schweizerkäse } Pfd. 70 Pfg.
Holl. Rahmkäse }
Tilsiter Vollfettkäse Pfd. 50-70 Pfg.
la. Limburgerkäse Pfd. 40 Pfg.

Weckuhren
Taschenuhren, Gold-
waren, Silberwaren
empfehlen (7769)
Willi Westfaling

32 Holsten- 32
Plakate
betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Achtung!
Steinsetzer u. Berufsgen.
Versammlung
am Dienstag, dem 14. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Der Vorstand. (7760)

Restaurant Heinr. Lexau,
Böttcherstraße 18.
Großes Auspielen
von fetten Gänsen,
Karpfen und Rauffleisch
am Mittwoch, d. 15. Oktober 1913.
Einsatz 50 Pfg. Anfang 10 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Heinr. Lexau. (7747)

Arbeiter = Bildungsverein Lübeck.

Winterlehrplan:
Montag: Deutsche Sprache.
Mittwoch: Rede-Uebung (Erfurter Programm).
Freitag: Rechnen.

Die Kurse beginnen am Montag, dem 20. Oktober
und finden regelmäßig im Gewerkschaftshaus, Johannis-
straße 50/52, abends von 8 1/2 Uhr bis 10 Uhr, statt.
Das Eintrittsgeld und der Monatsbeitrag beträgt je
30 Pfg., wofür die Teilnahme an allen Kursen freisteht.
Anmeldungen werden vor Beginn der Kurse entgegen-
genommen.
Um zahlreiche Teilnahme ersucht
Der Vorstand. (7752)

NB. Sonntag, 19. Oktober:
Besichtigung des Rathauses.

Sammelpunkt: 9 1/4 Uhr auf dem Marktplatz. Preis 15 Pfg.
Die nächste Theater-Vorstellung findet am Sonntag,
2. November, statt. Zur Aufführung gelangt: „Die Schiff-
brüchigen“. An unsere Mitglieder werden gegen Vorzeigung
des Mitgliedsbuches Karten zu dieser Vorstellung im „Lübecker
Volksboten“ verabfolgt. Ausgabe derselben am Donnerstag,
16. und Freitag, 17. Oktober. D. O.

Neu-Lauerhof
Mittwoch, den 15. Oktober 1913:
1. Familienball
Hierzu ladet freundlichst ein
Aug. Busch. (7749)

„Gines“ Hansa-Theater
Quo vadis?
Das gewaltigste Film-Drama aller Zeiten!
Die Sensation der Welt!



VORSTELLUNG:
Wochentags 4 1/2 u. 8 1/2 Uhr. Sonntags 3, 6 u. 8 Uhr.
Eintrittspreise: 25 bis 75 Pfg.
7713 **Logenplatz 95 Pfennig.**
Vorverkauf bei **Rudolph Karstadt** an der Buch- u. Sammelkasse.

Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.
General-Versammlung
am Dienstag, d. 14. Oktober
abends 8 1/4 Uhr.
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung und Bericht vom
3. Quartal.
2. Vortrag über: „Der Werk-
arbeiterstreik und seine Lehren.“
Referent: Gauvorsitzer Willers,
Hamburg.
3. Verschiedenes.
7751) **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Versammlung
der
**Geschäftskutscher, Kauf-
manns- u. Weinarbeiter**
am Dienstag, dem 14. Oktober
abends 8 1/2 Uhr.
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
7746) **Der Vorstand.**
NB. Daß Erscheinen der Kollegen
ist dringend erforderlich. D. O.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung!
Klempner!
Versammlung
am Mittwoch, d. 15. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Antrag der Branchenleitung.
2. Verschiedenes.
7749) **Die Branchenleitung.**

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, d. 15. Oktober 1913
abends 8 Uhr (7764)
im **Kolosseum:**
3. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Solist: Herr Konzertmeister **Willy**
Freund (Violine).
Zur Aufführung kommen u. a.:
„Die Moldau“, symphonische Dich-
tung Fr. Smetana.
Tonbilder aus „Die Walküre“
R. Wagner.
Die Völkerschlacht bei Leipzig
Großes Tongemälde v. R. Eilenberg.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger.
Eintrittspreis 50 Pfg. Im Vor-
verkauf 10 Eintrittskarten 3 Mk.
Einzelkarten 40 Pfg. bei den be-
kannten Verkaufsstellen zu haben.
Numerierter Platz 70 Pfg. Im Vor-
verkauf 10 nummerierte Eintrittskarten
5 Mk. Numerierte Einzelkarten 60 Pfg.
nur bei **Ernst Robert, Breite**
Straße 54.

Neues Stadttheater.
Montag, den 13. Oktober:
24. B. i. Boll-Pl. 4. B. i. Montag-Pl.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Kuhreigen.
Große Oper von Riengl.
Große Preise. (7750)
Dienstag, den 14. Oktober 1913.
25. B. i. Boll-Pl. 5. B. i. Dienstag-Pl.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Der Wildschütz.
Römische Oper von Albert Lortzing.
Große Preise.
Mittwoch, den 15. Oktober 1913:
Außer Abonn. Außer Abonn.
Kleine Preise.
Anfang 8 1/4 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
Preciosa.
Schauspiel von B. A. Wolff.
Musik von C. M. v. Weber.

Auffliegende Syndikate.

Es ist noch nicht allzu lange her, da wurden die Kartelle und Syndikate von ganz klugen Volkswirtschaftlern als die Vollendung aller wirtschaftlichen Formenbildung ausgerufen, damals wurden die Kartelle und Trusts gewissermaßen kapitalistisch heilig gesprochen. Wie gesagt, das ist nicht allzu lange her. Trotzdem müssen diese Formen der Wirtschaftsmacht noch nicht aller Weisheit letzter Schluß sein, denn wir haben in den jüngst vergangenen Wochen das Aufsteigen von Syndikaten und trustartigen Vereinigungen erlebt, die bisher als absolut fest und unzerbrechbar gegolten haben.

So hat die Hamburg-Amerika-Linie am letzten Tage des September für ihren Teil den Nordatlantischen Passagepool zum 1. Januar 1914 gekündigt. Damit tritt die Hapag in den Kampf um die Vergrößerung ihres Antelles am Passagier- und Auswandererverkehr. Mit dem Bau der Imperatorschiffe hat sie sich ja eine Zacke angeeignet, in die sie erst hineinwachsen muß, wenn sie ihr passen soll; mit anderen Worten, die Hapag hat im Reedereigewerbe jetzt mehr Kapital angelegt, als ihr nach dem bisherigen Umfang ihres Geschäftes sicher verzinst werden kann. Wenn die Hapag die großzügige internationale Vereinbarung über den Nordatlantischen Passagerverkehr kündigt, so erscheint das zuerst als die Entstehung eines Kampfes gegen ausländische Schiffahrtkongzerne. In Wirklichkeit ist die Maßnahme der Hapag zuerst ein Schlag gegen die einseitige deutsche Konkurrenz, den Norddeutschen Lloyd, der bis heute die Führung im nordatlantischen Passagerverkehr hat, auch einen wesentlich größeren Anteil vom nordatlantischen Passagepool zugebilligt bekam als die Hapag. Der Norddeutsche Lloyd hat am gleichen Tage wie die Hapag das Frachtenabkommen für weite Fahrt zum 1. Januar 1914 aufgelöst. Damit tritt er in erster Linie das Frachtgeschäft der Hamburg-Amerika-Linie, deren Vorzugsstellung im Frachtverkehr damit der freien Konkurrenz ausgesetzt wird.

Eine Kündigung bedeutet auch bei den beiden großen Pools noch nicht, daß keine Wiedererneuerungen möglich wären, sie beweist aber doch den ersten Willen zum Kampfe. Soweit die Hapag, der Träger des Konkurses ist, wird sie zu ihm wegen des inneren Widerpruches der kapitalistischen Konzentration getrieben. Die Preisvereinbarungen, die Kartelle und Syndikate sind aus dem Bedürfnis nach ungeförter Industrieerente entstanden, aber im Kreise dieser Verdienstsicherheit und durch diese Sicherheit sammelten sich bei einzelnen Unternehmen Kapitalien über Kapitalien an, die in der paritätischen Vereinbarung, die auch dem Kleinen seine Existenzmöglichkeit sichert, kaum noch gut verzinst werden können. Also die Entwicklung, die die Unternehmer in die Syndikate hineintreibt, jagt sie entweder wieder auseinander oder führt doch dahin, daß einige wenige zuletzt auch alle ihre guten Freunde von gestern in die eigene Tasche steckt.

Im Kampf um die beiden großen Pools steht der Norddeutsche Lloyd in der Verteidigungsstellung. Er ist der einzige deutsche Kollege bei allen internationalen Abmachungen. Jahrzehntelange gegenseitige Beobachtung hat es bis heute noch nicht zugelassen, daß einer über den anderen hinauswachsen konnte. Deswegen rüsten beide seit langem schon für den sicher kommenden Kampf um die erste Geige. Die Hamburg-Amerika-

Linie zum Beispiel hat ihren Kampffonds in den letzten Jahren überaus reichlich aufgefüllt; der Norddeutsche Lloyd verkaufte erst vor wenigen Tagen noch einen großen Posten von Aktien einer der Gesellschaften, an der er Interesse genommen hatte, an die besetzte Sloman jun. in Hamburg, um reichliche Barmittel in die Hände zu bekommen, ohne an den zurzeit sehr ungünstigen Geldmarkt appellieren zu müssen. Also die Freunde rüsten, die beiden großen Schiffahrtspools drohen aufzuliegen, es geht wieder einmal um den Kampf an dem Platz der kapitalistischen Sonne, deren heilige Formel „Prozente“ heißt.

Rheinisch-westfälischer Zementkrach.

Unglaublichen Preiswucher hat das Aufsteigen des rheinisch-westfälischen Zementyndikates sichtbar gemacht. Auf dem Boden der Kartellpreispolitik ist in Deutschland während des letztvergangenen Jahrzehnts ein ganzes Konglomerat von Zementyndikaten, Vereinigungen, Kaufverbänden und Preiskartellen entstanden. Durch mehr oder weniger innige Verbindung mit ausländischen Zementyndikaten hatte man zuletzt die Möglichkeit die Zementpreise tatsächlich ins Unendliche nach oben zu schrauben. Unter allen deutschen Zementverbänden hat sich das rheinisch-westfälische Syndikat als straffeste Organisation und durch seine unglaublich wucherische Preispolitik besonders berüchtigt gemacht.

Aber in der konsequenten Kartellpreispolitik liegt, wie in allem, was der Kapitalismus schafft, auch die Wurzel seiner Bekämpfung und Vernichtung. Die durch das Syndikat ins Grenzenlose gesteigerten Preise und die damit ergiebig strömende Profitquelle lockte zur Gründung von Zementfabriken. Immer mehr Werke von diesem Zuwachs traten nicht ins Syndikat ein, sondern blieben Außenstehende. Die geringe Unterbietung der Syndikatspreise sicherte ihnen bei immer noch glänzendem Geschäft schlanken Absatz der Produktion, ohne daß sie sich den terroristischen Verkaufsbeschränkungen, hohen Beiträgen und anderen lästigen Paragraphen des Syndikatsvertrages zu unterwerfen brauchten. Die großen Syndikatswerke konnten sich bei der immer rascheren Entwicklung kräftiger Außenstehender nicht mehr so rasch ausdehnen wie sie Lust hatten. Das Syndikat erwies sich jetzt plötzlich für die vielen kleinen Mitglieder, die bei freier Konkurrenz längst ruiniert worden wären, als lebenspendendes Element, sehr zum Ärger der Großen, die die Kleinen im Rahmen des Syndikatsvertrages achten, ja, selbst mit schützen mußten. Zuletzt kam es dahin, daß sogar eigene renitente Verbandsmitglieder unheimlich um die Syndikatsparagraphen fröhlich wie Außenstehende verhandelten. Mehrmals griff man derb zu, verurteilte zu hohen Syndikatsstrafen und benutzte auch sonstige Zwangsmagnahmen, der Erfolg war aber nur, daß sich die Zahl der Außenstehender sichtbar vermehrte. Zuletzt blieb den Syndikatsgewaltigen gar nichts anderes übrig, als gegenüber dem jündigenden Kollegen die Augen zuzudrücken, wollte man nicht den ganzen Syndikatswucher gefährden.

So entwickelte sich bei den mächtigsten Zementbetrieben immer deutlicher eine starke Verbandsverdrössenheit, die um so mehr wuchs je energischer das Syndikat die Leistungsfähigkeit der Werke einschränken mußte, um den hohen Wucherpreis überhaupt noch halten zu können.

Infolge komplizierter Prozesse und einer Entscheidung des Reichsgerichts drohte das rheinisch-westfälische Zementyndikat schon Ende 1912 in die Luft zu fliegen. In der

berühmten letzten Stunde gelang es dann noch, den Gewinn der freien Verkaufstätigkeit bis zum 16. Mai 1913 hinauszuschleppen. Die Zwischenzeit sollte zur Erneuerung des Syndikates benutzt werden. Es gelang aber nicht, die widerstrebenden Interessen bis zum Mai unter einen Hut zu bringen, man verschob demzufolge den letzten Termin auf den 30. Juni. Schließlich wiederholte sich das Spiel noch einmal, der allerletzte Entscheidungstag sollte der 30. September werden; aber auch bis zu dieser Frist gelang die Erneuerung des Zementyndikates nicht, Versuche auf erneute Hinausschiebung der Entscheidung gelangen nicht — der Verkauf für 1914 ist nun den rheinisch-westfälischen Syndikatszementwerken freigegeben. Die erste deutlich sichtbare Wirkung ist gewesen, daß der Zementpreis, der beim Syndikat zuletzt per Doppelwaggon 190 Mk. betrug, bis auf 100 Mk. für Lieferungen Mai 1914 herunter gegangen ist! Eine frühere Syndikatsberechnung bezifferte den Gesamtausfall an Verdienst, bei einer Auflösung des rheinisch-westfälischen Syndikats auf nicht weniger als 7 Millionen Mark im Jahre! An diesen Ziffern kann man den Preiswucher, den das Zementyndikat ausgeübt hat, deutlich ermessen. Die Entwicklung stand aber nicht still.

Schon lange Monate vorbereitet, ist aus dem auseinandergebrochenen rheinisch-westfälischen Zementyndikat eine neue Vereinigung, der Verband westfälischer Portland-Zementwerke G. m. b. H. mit dem Sitz in Bochum, emporgewachsen. In diesem Verband sind im besonderen die Mächtigen der rheinisch-westfälischen Zementindustrie vereinigt, sie wollen sich wenigstens einigermaßen Wucherpreise erhalten. Zu dem Verband gehören jetzt die

- A.-G. für Rheinisch-westfälische Zementindustrie, Beckum;
- Beckumer Portlandzementwerk Illigens, Ruhr und Krasberg in Beckum;
- Bürener Portlandzementwerke A.-G., Büren;
- Ennigerloher Portlandzement- und Kalkwerke, Ormberg u. Rosenstein, A.-G.;
- Lengericher Portlandzement- und Kalkwerke, Westfalen;
- Portlandzement- und Wasserkalkwerke Mark, A.-G., Neubekum;
- Portlandzementfabrik Germania, A.-G., Ennigerloh, Westfalen, A.-G., für Fabrikation von Portlandzement und Wasserkalk, Beckum;
- Vereinigte Bremer Portlandzementwerke, Porta-Union, A.-G., Porta-Westfalica;
- Portlandzementwerk Herbsbüttel u. Illigens, Beckum;
- Neubeckumer Portlandzement- und Wasserkalkwerke Zollern, A.-G.;
- Portlandzement- und Kalkwerke Anna, A.-G., Neubekum;
- Annetiese, Portlandzement- und Wasserkalkwerke, A.-G., Ennigerloh und
- Portlandzementwerk Roland, A.-G., Beckum in Westfalen.

Die zuletzt genannten beiden Werke waren bisher Außenstehende. Der neue Verband verkauft jetzt den Zement für 120 Mk., er versucht also immer noch in gewissen Sinne ein bißchen zu wuchern.

Zurzeit tobt der Kampf der freien Konkurrenz, das Kapital lehnt sich nicht mehr nach Zementaktien, man wird viele von den Kleinen ruinieren — und über das wirre Durcheinander wachsen die mächtigen Zementkongzerne hinaus.

Der Baldamus und seine Streiche.

Von Oskar Wöhrl.

(10. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Unsere Lage wurde nun recht ungemütlich, umsomehr, als sich uns eine Kiberschar an die Füße heftete und aufdringlich wurde. Als einer so fest war und mich mehrere Male am Rockschöß ritz, kehrte ich mich um und gab dem Dackel eine Ohrfeige. Der junge Satan schrie, als ob er abgepfählt würde. Da wurde es wie durch Zauberschlag in den stillen Häusern lebendig. Die Haustüren öffneten sich und spien Weiber, die sich wie toll gebärdeten. Ein Ruf füllte die Gassen: „Schlagt die fremden Hunde tot!“ Schon sausten die ersten Steine. Wir erkannten sofort, daß es ernst galt und uns an den Kragen ging und rannten den Weg zurück. Hinterdrein die johlende Weiberhorde mit Beien und Belügen. Doch wir waren schneller und kamen unerleuchtet den Berg hinunter. Jetzt reute uns der Umweg, den wir gemacht hatten, um in dieses Erzbauernhaus zu kommen. Es wurde Nacht, bevor wir eine andere Ortschaft trafen. Wir übernachteten in einem freistehenden Straßenwärtershaus. Am Morgen kamen wir nach Terracina. So klein und minder das Nest ist, es hat doch ein Garibaldiidentmal. Von hier aus wandten wir uns wieder ins Gebirge und kamen gegen Abend nach Fondi. Unterwegs sahen wir, wie armselig die Leute hier lebten. Die Hütten, in denen sie hausten, gleichen eher Viehställen als menschlichen Wohnstätten. Und doch wars ein schöner, wohlgebildeter Menschenhag, die Burshen sehnig, die Mädchen schlankwachsen und schwarzäugig. Diese holten das Trinkwasser oft zwei Wegstunden weit her. Es war keine leichte Arbeit, die Wasserkrüge saften zwanzig bis dreißig Liter und mußten auf dem Kopfe heimgetragen werden.

In Fondi sahen wir einen Haufen Wether an einem Hausbau beschäftigt. Sie trugen Mörtel und Steine und derfahen Maurer- und Handlangerarbeiten. Der Bürgermeister gab jedem von uns eine Lira, so daß wir uns satt essen und ein Bett leisten konnten. Den nächsten Morgen wanderten wir nach Pontecorvo. Hier rief uns ein Kapierer und Schneider hinein und stellte Essen auf. Er schenkte uns so viel ein, daß wir betrunken wurden und zu seinem und der Nachbarn Gaudium deutsche Lieder sangen, die er auf der Gitarre begleitete. Am Abend nahm er uns in alle Wirtschaften mit; wir wurden angefaßt, als kämen wir aus einer anderen Welt. Beim Nachhausegehen brachten wir seiner Viehställe ein Ständchen. Bald war die Straße voller

Neugieriger. Wir tanzten und gebärdeten uns wie auf einer Bauernfilze.

Trotz der schweren Köpfe standen wir frühzeitig auf, wir wollten noch vor Nacht das bekannte Kloster Monte Casino erreichen. Dieses ziert einen Berggipfel, an dessen Fuß das Städtchen Casino liegt. Um vier Uhr nachmittags waren wir oben und ließen uns beim Wirtner einschreiben. Dieser nahm uns die Papiere ab und musterte sie scharf. Wir wurden in einen Schlaftaal geführt, wo wir bis zum Abendessen sitzen blieben und uns mit den schon anwesenden Kunden unterhielten. Beim Nachtessen bekamen wir das Gleiche aufgestellt, wie die vornehmen Herren und Damen, die im Nebenzimmer speisten, in das wir gut hineinsehen konnten. Jeder erhielt einen halben Liter Rotwein, der den müden Knochen sehr wohl tat. Ehe wir am andern Morgen den Berg hinunterstiegen, machten wir einen Rundgang durch die Gebäulichkeiten und besahen die prächtige Kirche, in der eben Messe gelesen wurde. Beim Abstieg trafen wir einen französischen Kunden. Das Schindluder sagte uns, wenn wir die Tour nach Neapel zu machten, sollten wir in Piedimonte aufs Gemeindefhaus gehen, es gäbe dort eine feine Unterstüfung. Wir Stempel ließen uns ermißeln und trocken auf mühseligen Gelspanden den Berg hinauf, bekamen aber nichts weiter als Grobheiten.

Kurz vor Cajazzo standen auf dem flachen Dache einer Villa zwei Damen, die wir ansahen. Sofort hüfte sich die jüngere, hob einen Stein auf, warf und traf mich so an die Stirne, daß das Blut heruntersprang. Wir lachten hinter starken Matanen Schutz und warfen auch, trafen aber leider Gottes nicht. Zum Schluß mußten wir ausretzen, eine der beiden Damen ging nämlich ins Haus hinunter und holte ein Gemehr.

In Caserta wurden wir von einem Wolkenbruch überrascht und wollten im königlichen Schloß, das uns am nächsten war, Unterstand suchen. Die Wache aber sah es und warf uns hinaus. Wir wanderten fluchend dem schönen Neapel zu. Die Wege waren aufgemacht und in einem trostlosen Zustand. Der Dreck lag so hoch, daß er uns oben zu den Schuhspitzen hineinlief. Doch fanden sich viele Weinkneipen, die zeitweise Vergessen und Trost spendeten; natürlich nur gegen Geld.

In Neapel suchten wir die Kundenpenne in der Nähe des Hafens auf. Wir schliefen auch dort. Tagsüber saßen wir im Café, das zur Penne gehörte, schlökten Zitronenwasser und spielten Karten. Oder wir kochten auf deutschen Schiffen ab. Doch war nicht viel zu holen, alles war überlaufen.

Mir wurde täglich niedriger. Ich fieberte, hatte Schüttelfröste und häufige Ohnmachten. Die Kunden lachten mich aus und sagten, ich solle mehr auf die Fahrt gehen und schauen, daß ich etwas zusammenbringe und mich einmal sattfressen, dann würde die Sache schon besser werden. Ich wußte, was Schuld war: das Wasser, das ich in den kontinentalen Sümpfen getrunken hatte. Als sich mein Zustand verschlimmerte, schleppte ich mich ins Deutsche Hospital hinaus. Der Arzt untersuchte mich, stellte hohes Fieber fest und bestellte mich gleich da. Nach drei Wochen durfte ich aufstehen und sah oft stundenlang auf der Terrasse, von wo aus ich einen schönen Rundblick über Stadt und Bucht hatte. Hier oben schloß ich mit einem Schneidergesellen Bekanntschaft, der die Ausgeh- rüfung hatte. Der arme Kerl wußte nicht, wie schlimm es um ihn stand, nein, er hoffte jeden Tag neu, daß er bald entlassen würde und aus dem dreifigen Italien fort könne, heim zu seiner Mutter. Es zerriß mir das Herz, wenn ich davon reden hörte. Noch bevor er starb, wurde ein Kindermädchen eingeliefert, eine Baslerin, die Tage und Nächte hindurch schrie, daß es jedem durch Markt und Bein ging und keiner mehr schlafen konnte. Nach einer Woche war sie erlöst und wurde begraben.

Das war im Süd, im Sonnenschein, da gruben sie ein Mädel ein, ein deutsches, das gestorben..

Ich hab die Tote nicht gekannt und doch geweint, als hart der Sand auf Sarg und Perlkranz rollte.

Wie geht's einft mir? Ob unbekannt den Eltern fern, dem Heimatland ich auch so fremd verderbe?

Und wenn sie mich ins Grab gefenkt, ob auch ein Herze mein gedent mit Tränen, ja mit Tränen?

Oh, ich bin in jenen Nächten um Jahre älter geworden und habe wach gelegen und mit dem Gedanken gerungen, die mich wie Tiere umlauerten, ansprangen und ihre Giftkanten in die Seele schlugen. Oh, dachte ich, wenn ich zum Fenster hinausjah auf die Meerwellen und die vielen Nachsterne, oh, dacht ich, ihr Sterne da droben, seid ihr auch Welten wie die Erde mit so viel Nöten und Qualen. Hat auch euch ein Schicksal hingestellt und mit Glend und Giftschwären überstreut. Gibt es auch bei euch Reiche und Arme, Krüppel und

Aus der Partei.

Wobels Hinterlassenschaft. Einige bürgerliche Blätter behaupten, daß die in der sozialdemokratischen Presse gegebene Darstellung über die Hinterlassenschaft des Genossen Wobel nicht richtig sei. Sie stützen sich darauf, daß Wobel zu Lebzeiten ein weit höheres Einkommen und ein höheres Vermögen versteuert hätte. Die Summen, die Wobel bei Lebzeiten versteuert hat, waren für sein tatsächliches Einkommen und für sein Privatvermögen nicht maßgebend. Wobel war für die beiden größten Parteienunternehmungen, die „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. in Berlin und für die Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Luer u. Co. in Hamburg einer der Treuhänder der Partei, und er mußte als solcher für einen Teil des Geschäftsgewinns und des Vermögens dieser Betriebe Einkommens- und Vermögenssteuer zahlen. Er mußte also aus gesetzlichen Gründen die betreffenden Beträge bei der Versteuerung seinem Privatvermögen und seinem Einkommen zugählen. Wobel hat aber aus diesen Betrieben niemals persönliche Einkünfte gezogen, und die Vermögenswerte dieser Betriebe sind der privaten Verfügung entzogen. Die in der sozialdemokratischen Presse gegebene Darstellung über die Hinterlassenschaft Wobels ist in allen Punkten richtig, und es muß deshalb bei der von uns gegebenen Darstellung bleiben.

Prozessprozeffe. Das Schöffengericht Gera verurteilte den Genossen Drechsler von der „Reußischen Tribune“ wegen angeblicher Beleidigung eines Lehrers zu der hohen Strafe von 300 Mk. Dem Lehrer war in einem Artikel zum Vorwurf gemacht worden, daß er einen Knaben, dem sonst das beste Zeugnis ausgestellt werden mußte, wegen einer ganz nebensächlichen Verfehlung geächtet und dann, als sich der Vater beim Schuldvorstand beschwerte, abermals 5 berbe Stockschläge verabreicht habe. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Knabe am Hals gemüht und aus der Bank geschleudert und auch wegen der Beschwerde des Vaters geächtet wurde. Dessenungeachtet wurde auf die hohe Strafe erkannt. In der Begründung wurde gesagt, der Wahrheitsbeweis sei nicht erbracht. Wenn der Lehrer den Knaben aus der Bank geschleudert habe, so habe er ihn damit nicht mißhandeln wollen, und die Züchtigung sei nicht erfolgt, weil sich der Vater beschwert habe, sondern weil der Knabe seinen Vater belogen habe. Dem Angeklagten sei es nicht darauf angekommen, Mißstände zu rügen, sondern er habe lediglich aus Standes Ehrlichkeit gehandelt, er habe Stand aufwirbeln wollen. Als Charakteristikum sei noch erwähnt, daß der freimüthige Anwalt des Privatklägers erklärte, es sei nicht verwunderlich, wenn ein aus sozialdemokratischen Parteigängern zusammengesetzter Schuldvorstand keinen Strafantrag wegen des inkriminierten Artikels gestellt habe. Dabei sind von 10 Mitgliedern des Schuldvorstandes nur 3 Sozialdemokraten. — Einer Lehrerbeleidigung sollte sich auch die „Nordhäuser Volkszeitung“ schuldig gemacht haben. Schon im Januar d. J. fanden mehrere Prozesse wegen Lehrerbeleidigung statt. In zwei Fällen erfolgte auch Verurteilung, im dritten Falle aber Freisprechung, mit der Begründung, die „Nordhäuser Volkszeitung“ habe nur in sozialistischer und auch in der Form nicht verletzender Weise den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei vertreten, daß körperliche Züchtigungen überhaupt in der Schule nicht angebracht seien. Wegen dieser Freisprechung hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Das Urteil wurde aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. In der erneuten Verhandlung kam dasselbe Gericht zu der Überzeugung, daß der Artikel beleidigend für den Lehrer sei, aus der Form gehe schon die Absicht der Beleidigung hervor. Deswegen wurde der verantwortliche Redakteur, Genosse Probst, zu 100 Mk. Strafe verurteilt.

Dem Elend der unteren Reichs- und Staatsangestellten.

1. Von den zahlreichen Unterbeamten und Arbeitern bei der Eisenbahn wird zwar Liebe und Interesse für ihren aufopfernden und verantwortungsvollen Beruf verlangt, aber man speißt sie mit Löhnen ab, die auch bei den allerbescheidensten Ansprüchen nicht ausreichen, ihre Familie anständig zu ernähren. Eine Verhandlung vor dem Erzkammergericht in Stuttgart entrollte ein düsteres soziales Momentbild aus dem

Wohngelächtere. Sind eure Tränen so bitter wie die unstrigen, Hapfen eure Herzen auch so ungesund gegen die Brustwand wie meines und möchtet die Wollen herunterhauen, die vor der Sonne stehen. Wagt ihr, was Hunger ist, was Elend, Krankheit und Untergang, daß einer fort muß in seiner schönsten Zeit ins Dunkel und nicht mehr aufsteht und wiederkommt, daß Hahnschädel, Wurmfänge und Angerkäule die und seit werden und nicht sterben wollen. Scheinen eure Monde auch an Leib, die sich selber zum Eitel sind und doch täglich ausgehen und verzeihen müssen des Brots willen und krank und alt und müd werden und Spitäler ausfüllen und unter Schlächtermessern sterben. Sagt man euren Händen auch die Schabedeken ab, giebt ihnen Tod ein und mordet Leben des Lebens willen. Sind eure Gassen und Häuser auch mit Schmutz angefüllt und Latrin und Geschwänzen die zum Himmel sinken und das Vertrauen vergiften. Radt euch ein Entgegen an, wenn ihr in euch hineinseht, die Gründe und Untergründe abkratzt und durchschaut und das Gewürm leht, da die Herzen umschleimt und umfächert und nicht frei und selig werden läßt. Eure Kirchen stehen sie auch neben Schachotten und Kriegsmaschinen, weinen auch bei euch hinter Gittergittern gepinnte Seelen ihrem verlorenen Leben nach. Oh, es war zum Wahnsinnigwerden mit solchen Gedanken und Gräbelen. Mit dem Geirndwerden ging es darum langsam.

Als ich erlassen wurde, schrieb ich Tiller eine Karte. Er holte mich ab und wir beglückten, ins Unteritalienische zu gehen. Da ich noch schwach war, mußte ich oft niedersinken. Wir marschierten auf den Berg zu und ließen den Gleisen der elektrischen Bahn nach, die bis zum Observatorium führt. Etwas weiter gipfelte hängen Fremdenführer. Diese liegen uns nicht weiter. Sie verlangten, daß wir ihre Dienste in Anspruch nehmen sollten. Als wir nicht auf ihr Geheiß eingehen wollten, kamen uns einige nachgeprüngen und riefen uns zurück. Es entstand eine Balgerei. Das Ende davon war, daß Tiller und ich den Berg hinuntergingen und an einer Passstraße mit zerfallenen Ästen und Ellenbogen und zerfetzten Hosen liegen blieben. Wir verwandten den Unglücksberg und hinfien dem Meere zu. Nichts ist weiter als bei einem Bauern. Beim Reiterausritt pappten wir Cakeschokolade und kamen nach dem vielgepöbelten Sarras. Der Bürgermeister, der den Tag verhandelt wurde, wollte zu gehen; er sagte, wir müßten verhungern. Das kostete uns nicht, wir wußten ja, wie solche Kacke einzunehmen war. Tags darauf ließen wir über das Gebirge nach Rom zu. Die Gegend war unbegreiflich schön, schöner als wir das Meer ersehnten und der Tiller

Leben eines Eisenbahnbeamten. Angeklagt war der Eisenbahnschaffner Otto Pfaff, zurzeit in Leipzig wohnhaft, wegen Veruntreuung amtlicher Gelder. Der Angeklagte war seit dem 1. Februar 1912 in Großgotttern in Thüringen im Eisenbahndienst angestellt. Er hatte auf dem kleinen Bahnhof Stützgüter abzufertigen und auch dann und wann Fahrkarten zu verkaufen. Pfaff hat nun 246,75 Mk. veruntreute Frachtgüter- und Fahrkartengelder für sich verbraucht und in den Kassenbüchern falsche Eintragungen gemacht. Der Angeklagte war in allen Punkten geständig. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern im Alter von anderthalb bis acht Jahren. Die Kinder sind kränklich und ihre ärztliche Behandlung erforderte gerade in der Zeit, wo der Angeklagte die Unterzahlungen beging, enorme Kosten. Die Apothekerrechnungen mußten sofort nach Empfang der Arznei bezahlt werden. Seine Ehefrau ist schon seit längerer Zeit lungentkrank und sie mußte sich in einem Sanatorium einer Kur unterziehen. Sie befindet sich bis heute in ärztlicher Behandlung. Die Ausgaben für Miete, Lebensunterhalt und außergewöhnliche Aufwendungen für die fränke Familie mußte der Angeklagte von seinem Gehalt bestreiten, der vierteljährlich nur 308 Mk. betrug. Als Vergütung für den Umzug bei einer Versetzung erhielt Pfaff 30 Mk. Bei dieser Gelegenheit hat er nach seiner Angabe 80 Mk. Schulden machen müssen. Obendrein hat er noch einen größeren Betrag auf Möbel zu zahlen. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ist es weiter nicht verwunderlich, daß der Angeklagte in eine furchterliche Notlage geriet und sich in seiner Verzweiflung an amtlichen Geldern vergriß. Ein großer Teil der veruntreuten Summe ist jedoch von ihm wieder ersetzt worden. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis. Die Geschworenen beschloßen, für den Angeklagten in Anbetracht seiner Notlage ein Gnaden Gesuch einzubringen.

II. Noch viel krasser als der vorstehend geschilderte Fall liegt eine Affäre, die am Dienstag vor dem Schwurgericht in Schweidnitz verhandelt wurde. Angeklagt war der bisher unbescholtene 50 Jahre alte Postagent Emil Arlett aus Neu-Waldenburg, der des Verbrechens im Amte beschuldigt wurde. Es handelt sich um Unterzahlungen amtlicher Gelder, die der Angeklagte aus der ihm unterstellten Postkasse entnommen hatte. Ein immer wieder bemerkbar machendes und auffälliges Moment in der Verhandlung bildete die äußerst geringe Bezahlung, die der Angeklagte von der Postverwaltung erhielt und die im krassen Mißverhältnis zu seinen Leistungen stand. Als im Jahre 1912 in Neu-Waldenburg die Postagentur errichtet wurde, da bewarb sich der Angeklagte um die Verwaltung derselben und auf Grund von Empfehlungen guter Freunde — wie der Angeklagte betonte — wurde ihm dieselbe auch übertragen. Sein Gehalt betrug pro Jahr 650 Mk., wovon er — so unglücklich es klingt — auch noch die Ausgaben für Miete, Beleuchtung, Beheizung der Diensträume zu bestreiten hatte. Nach den Angaben des Angeklagten, die auf keinerlei Widerspruch stießen, betrug sein im verbleibendes Gehalt pro Monat höchstens 25 Mk. Auch seine Angaben über den Umfang seiner dienstlichen Beschäftigung blieben unwidersprochen. Arlett hatte Volldienst, d. h. er hatte alle auf einem Postamt vorkommenden Dienstgeschäfte zu erledigen, außerdem hatte er in seiner dienstfreien Zeit auch noch den Telegraph und das Telephon zu bedienen. Sein Dienst nahm seine volle Zeit in Anspruch, so daß er seinen ursprünglichen Geschäften, durch die er sich vor Annahme der Agentur circa 900 Mk. pro Jahr verdient hatte, nicht mehr nachgehen konnte. Bei Übernahme der Agentur hatte aber der Angeklagte geglaubt, daß er auch außeramtlich noch etwas verdienen könnte. Diese Annahme erwies sich aber als trügerisch und in seiner Bedrängnis vergriff er sich an den Postfahrgeldern. Die von ihm unterzahlene Summe belief sich auf 279,05 Mk., die aber von der Frau ersetzt wurde, jedoch der Postverwaltung keinerlei Schäden entstanden war. Die Veruntreuungen verübte der Angeklagte dadurch, daß er die Eintragungen von eingezahlten Geldern ins Postannahmebuch erst immer einige Tage nach der Einzahlung machte. Auf diese Weise war es ihm möglich, die Fehlbeträge zu verschleiern.

Wie der Angeklagte geltend machte, sei er wiederholt wegen seiner unzureichenden Bezahlung vorstellig geworden, doch habe man ihn immer auf spätere Zeit vertröstet. Er bestritt ferner, den unterzahlten Betrag für seine persönlichen Bedürfnisse verwendet zu haben, lediglich für Zwecke des Dienstes sei dieser verwendet worden.

nachgingen. Ein Wagen mit vier deutschen Spießern überholte uns. Doch das störte unsere Freude nicht, auch nicht die Luftfrucht „Villa Klösch“, die einem Landhaus aufgezogen war und uns wie ein Faustschlag traf. In Omalfi führten uns junge Leute in eine Kirche und zeigten uns deren Sehenswürdigkeiten. Der Pfarrer ließ sich lange von uns erzählen und rüttelte zum Schluß mit Geld heraus. Hofsprengt gings Salerno zu, wo wir es zwei Tage aushielten. Wir machten ab, nach Brindisi oder Barletta zu tippeln, um von dort aus nach Griechenland zu fahren. Unweit Salerno liegt die Ortschaft Ponte Fratta, wo eine große Weberei in den Tag hineinlärmte. Der Direktor und die Meister sind Schweizer. Tiller, der seinen Heimatsort verzeigte, bekam zehn Lire Zehrgeld geschenkt, ich als Deutscher bloß zwei. Als wir herausstraten, war Mittag, die Arbeiter verließen eben die Fabrik. Der Portier durchsuchte jedem die Taschen. Als wir ihn fragten, weshalb, erwiderte er: „Die Kerle schleppen uns sonst die ganze Fabrik fort.“ Wie die Bande stehlen konnte, mußten wir bald selber erfahren. In dem Logis, wo wir übernachteten, kamen Tiller und mir die Schuhe abhanden. Barfuß mußten wir weiter. Der schlechte Weg und die vielen spitzen Steine richteten unsere Füße böß zu. Nach drei Tagen der Qual sahen wir Benevento unter uns liegen. Wir stiegen frühlich die Ebene hinunter der Stadt zu. Unterhand lag ein weißschichtiges Gebäude, der Kerkler, ein Posten Rand davor. Tiller machte Witze und sagte, das wäre etwas für uns.

Beneventer Wein ist süß und stark. Er schmeckte so fein, daß wir den Rest unseres Geldes vertranken. Im Suff belauten wir beide Heimweggedanken, ließen auf die Präfectur und verlangten, an die Grenze geschickt zu werden. Der Präfect wollte uns los sein, gab jedem einige Centesimi und verwies uns an den Bürgermeister. Auch dieser wollte nichts mit der Sache zu tun haben, schickte einige Soldaten und schickte uns fort. Wir gingen, tranken und schliefen. Am Morgen darauf härmten wir nochmals die Präfectur, wurden aber nicht eingelassen. Bolter Jörn setzten wir uns auf die große Treppe und fingen an zu brüllen, zu heulen und zu lärmern, daß die halbe Stadt zusammenlief. Wohl oder übel mußte der Präfect die Karabinieri kommen lassen. Vier Mann hoch räumten sie an, schlossen uns in Handeisen und führten uns inmitten einer großen Menschenmenge vor die Stadt hinaus nach dem „carrozze figurale“. Erst am anderen Tag wurden wir verhört, das Protokoll kam nach Rom als Ministerium.

Nicht übel waren einige Befundungen des Oberpostinspectors. Der Zeuge verwahrte sich dagegen, daß die Postbehörde etwa die Strafverfolgung des Angeklagten gewünscht hätte; im Gegenteil, in solchen, wie hier gelagerten Fällen sei es üblich, daß man amtlicherseits die Sache auf sich beruhen lasse. Unter Jubilation mildernder Umstände bejahen die Geschworenen die Schuldfrage. In seinem Strafentwurf glaubte der Staatsanwalt hervorheben zu müssen, daß der Staat von seinen Beamten treueste und gewissenhafteste Pflichterfüllung zu beanspruchen habe, von den Pflichten des Staates seinen Beamten gegenüber sagte der öffentliche Ankläger nichts. Er beantragte sechs Monate Gefängnis, welchem Antrage sich der Gerichtshof anschloß. Ob die Post- resp. Eisenbahnverwaltungen gar kein Empfinden dafür haben, wie beschämend solche Prozesse für sie sind?

Gewerkschaftsbewegung.

Vom Stettiner Hafenarbeiterstreik. Der vom Magistrat eingeleitete Pächter Hesperg will in seinem Vertrage, den er mit den Arbeitern schließt, die Klausel haben, daß derjenige, der vor Beendigung des Vertrages die Arbeit verläßt, eine Strafe bis zum Höchstbetrage von 25 Mark zu zahlen hat. Wie die den Freihafen verlassenden Arbeitswilligen versichern, ist jedem der Betrag von 25 Mark einbehalten worden. Die Leute bestreiten übrigens ganz entschieden, einen derartigen Vertrag unterschrieben zu haben. Sie erklären alle durchweg, daß ihnen in Hamburg nicht einmal gefagt sei, wo sie in Arbeit treten, resp. daß es sich um Streikarbeit handle. Sie behaupten, es sei ihnen nur eine Namensliste zur Unterschrift vorgelegt worden, in der sie die Abgabe ihrer Arbeitspapiere (Invalidentkarte) bescheinigen sollten. Einer erzählte u. a.: „Als ich meine Entlassung forderte, weil die uns zuteil gewordene Behandlung, Beförderung und Beherbergung mir nicht menschenwürdig erschien, erhielt ich vom Geschäftsführer zur Antwort, ich könnte meine Forderungen beim Gewerbegericht in Pinneberg bei Hamburg geltend machen. Ich habe nun 17 Tage hier im Freihafen gearbeitet. Es wurden mir heute 5,74 Mark als Lohn ausgehändigt. Hesperg macht alles in eigener Regie. Der Magistrat kann von seinem Pächter in mancher Beziehung noch lernen. So schlecht wie Herr Hesperg gegen die Beamten und Antreiber. Den Kontrollleuten zahlt er 15 Mark und den Vorarbeitern 10 Mark pro Tag. Die Situation ist die gleiche wie an den Tagen vorher. Die ankommenden Schiffe können nur mit mehrtägiger Verspätung den Hafen verlassen. Die größte Anzahl der sonst im Stettiner Hafen ladenden Dampfer und Segler suchen andere Häfen auf.“

Siebenter österreichischer Gewerkschaftskongreß. Der Kongreß ging am Freitag zu Ende. Es wurde eine Resolution des Gen. Dr. Renner angenommen, die anlässlich der im Jahre 1917 bevorstehenden Erneuerung der Zoll- und Handelsverträge die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die verblendete selbstmörderische Hochschulzollpolitik aufruft und an die Unternehmer, zwar nicht an ihre Einsicht, aber an die Erkenntnis ihrer eigenen materiellen Interessen appelliert, ebenfalls für eine vernünftigeren Wirtschaftspolitik einzutreten. Dann billigte der Kongreß einstimmig den Ausschluß des Tabakarbeiterverbandes aus der Gewerkschaftskommission. Der Tabakarbeiterverband hatte nämlich für eine große tschechische Ortsgruppe auf deren Wunsch die Kommission Beiträge an die separatistische Kommission in Prag bezahlt, aber um zu beweisen, daß er die zentralistische Kommission in Wien nicht schädigen wolle, an diese die Beiträge nochmals geleistet. Die Gewerkschaftskommission erklärte aber, daß dieses Vorgehen dem zentralistischen Prinzip widerspreche und daher der Tabakarbeiterverband sich außerhalb der Gesamtorganisation gestellt habe. Der Kongreß ließ dieses Vorgehen gut, stellte jedoch dem Tabakarbeiterverbande frei, unter Einhaltung der maßgebenden Beschlüsse seine Wiederaufnahme zu beantragen. In einer Resolution wurde dann die Förderung der Land- und Forstarbeiterorganisation durch alle Gewerkschaften verlangt. — Die Gewerkschaftskommission wurde in ihrer jetzigen Zusammensetzung wiedergewählt, worauf der Vorsitzende Beer den Kongreß mit Dankworten an die erschienenen ausländischen Genossen und an die Genossen Hueber, Rader und die Genossen Volkst, die bereits 10 Jahre der Gewerkschaftskommission angehören, schloß.

Soziales.

Gegen die Arbeitslosigkeit. In Oberfeld und Barmen fanden am Mittwoch und Donnerstag zwei stark besuchte Arbeitslosen-Versammlungen statt. Einderufen waren diese Versammlungen von der Oberfeld-Barmener Gewerkschaftskommission in Gemeinschaft mit dem Ortsverband der Dirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Die Christlichen, die anfangs mit an den vorbereitenden Verhandlungen teilnahmen, schlossen sich später aus, obwohl die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht minder unter den Folgen der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Über das Thema „Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen und welche Verpflichtung haben Reich, Staat und Gemeinden, die durch Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not zu lindern?“ sprachen Arbeitersekretär Gen. Krüger-Barmen und der Sekretär der Dirsch-Dunderschen Gewerksvereine J. G. Hofen-Düsseldorf. Obwohl sämtliche Stadtverordnete zu diesen Versammlungen eingeladen worden waren, erschienen nur mehrere sozialdemokratische, während die bürgerlichen durch Abwesenheit glänzten. Eine Resolution, die die Kommunen Oberfeld und Barmen auffordert, eine Vorlage zur Grundlag der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einzubringen und zu beschließen, wurde einstimmig angenommen. — Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion auf dem Oberfeld Rathhaus hat für die nächste Sitzung folgenden Antrag eingebracht: „Einführung der städtischen Arbeitslosenversicherung und Bereitstellung von 20.000 Mk. hierfür.“

Vom Kampfe zwischen Ärzten und Krankentassen. Die Tatsache, daß in einigen Orten eine Einigung zwischen Ärzten und Krankentassen zustande gekommen ist, hat zu der Annahme geführt, es sei allgemein Frieden geschlossen. Das ist ein Irrtum. Die Ärzte sind sehr kampflustig und die Kassen wehren sich selbstverständlich. In der Provinz Sachsen haben alle Kassenarztvereine dieser Provinz in Gemeinschaft mit denen von Sachsen-Anhalt ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen. Der Hauptinhalt ist erstens, daß Verträge nur unter entsprechenden Bedingungen und zweitens von allen Vereinen nur zur gleichen Zeit abgeschlossen werden sollen. Die thüringischen Staaten werden sich vermutlich diesem Vorgehen anschließen. **Schamlose Reklamationen - Ausbeutung.** In Nürnberg besteht die Tatsache, daß die kleinen Wirte ihrem Personal, auch den Reklamationen, Gehalt, wenn auch in geringer Höhe, bezahlen müssen. Ingenen unter die Inhaber der besseren Restaurants und der feinen Cafés den Reklamationen zu, daß sie ohne Lohn vollständig unentgeltlich arbeiten müssen. Diese Reklamationen sind ganz auf den guten Willen der Gäste, auf das Trinkgeld angewiesen.

(Fortsetzung folgt)

Es werden diese Kellnerinnen aber auch in anderer Weise ausgebeutet, wobei sogar die moderne Technik durch Unternehmern zu Ausbeutungspraktiken ausgenutzt wird. Schon vor einigen Wochen wurde von einem Nürnberger Gericht festgestellt, daß in einem sehr gutgehenden großen Hotel in Nürnberg durch eigenartige Manipulationen an der Registrierkasse das Personal benachteiligt wurde. Dieser Tage fand in einer Nürnberger Strafkammer ein anderer Registrierkassenprozeß statt, bei dem sehr bemerkenswerte Feststellungen gemacht wurden. Der Cafetier Jakob Kerzinger und dessen Frau, deren Café, wie Herr Kerzinger selbst angab, ein jährliches Reineinkommen von 8000 Mark abwirft, hatten sich wegen Urkundenfälschung und wegen verübten und vollendeten Betrugs zu verantworten. Die Kellnerinnen des Cafetiers, die keinen Lohn erhalten, auch keinen Schlüssel für den Kontrollstreifen an der Registrierkasse hatten, kamen einmal durch Zufall dahinter, daß an der Kasse durch „Drücken“ auf die Konten der Kellnerinnen schon Beträge notiert waren, obwohl die Kellnerinnen noch nichts vom Büfett erhalten hatten. Da die Kellnerinnen schon seit längerer Zeit vermuteten, daß durch den Cafetier unredliche Manipulationen an der Registrierkasse vorgenommen wurden, verschafften sie sich bei einem Monteur einen Schlüssel zum Kontrollstreifen an der Kasse. Nun notierte sich eine Kellnerin acht Tage lang alles genau auf, was sie am Büfett erhielt, und fand, daß ihr täglich 1 Mk. zu viel angerechnet wurde. Dann stellten die Kellnerinnen durch genaue Kontrolle fest, daß da eine Woche hindurch täglich bei jeder Kellnerin 1 Mk. und am Sonnabend und Sonntag je 2 Mk. „gedrückt“ waren, ehe etwas vom Büfett abgegeben wurde. Die Kellnerinnen vermuteten, daß dies schon lange so getrieben wurde. Eines der geschädigten Mädchen sagte dem Cafetier auf den Kopf zu, daß an der Kasse betrogen wird. Herr Kerzinger redete davon, daß das Küchenpersonal vielleicht an der Kasse manipuliert. Entlassen wurde die Kellnerin, obwohl sie dem Cafetier einen schweren Vorwurf machte. Die Nürnberger Strafkammer sprach die Cafetierschleute, obwohl der Staatsanwalt dringend beantragte, den Cafetier zu Gefängnis zu verurteilen, da er schamlos gehandelt und Leute, die schwer um ihr Brot arbeiten müssen, schädigte, leider frei. In der Begründung heißt es: Das Gericht betrachtet es als festgesetzt, daß an der Kasse unrecht manipuliert wurde, um die Kellnerinnen zu betrügen. Es ist anzunehmen, daß diese Manipulationen lange Zeit hindurch vor sich gingen. Gegen den Cafetier besteht der schwerste Verdacht, daß er die betrügerischen Manipulationen machte, jedoch sei die Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen, daß jemand anders an der Kasse manipuliert. Dieser Vorwurf des Gerichts, die nicht immer geübt wird, hatte der Cafetier seine Freisprechung zu danken. Diese Feststellungen hinderten die Frau des Cafetiers nicht, recht moralisch zu tun. Diese Dame wollte eine der Belastungszeugnissen dadurch in Mißkredit bringen, daß sie von einem „Kavalier“ sprach, den die Kellnerin hatte. Daran dachte die Dame offenbar gar nicht, daß, weil die Kellnerinnen umsonst arbeiten müssen, keinen Lohn erhalten, sie förmlich gezwungen werden, sich „Kavalier“ zu halten. Es zeigt dieser Fall aufs neue, daß die Kellnerinnen alle Ursache hätten, den unwürdigen Zustand, nur auf Trinkgeld angewiesen zu sein, durch Anschluß an eine moderne Organisation zu bekämpfen. Das Gericht hätte unsern Empfinden nach darüber genaue Beweiserhebung veranstalten müssen, ob die Möglichkeit, daß außer den Cafetierschleuten noch jemand anders die betreffenden Manipulationen machen konnte, auch wirklich vorlag. Dann wäre sicher die Unrichtigkeit dieser Aussage erwiesen worden und das saubere „Arbeitgeber“-Cheparat hätte nicht freigesprochen werden können.

Kommunales.

Ein freisinniges Gemeindebild. In dem Rieseneckbisdorf Grünau bei Hirschberg kam dieser Tage die Gehaltsfrage eines Gemeindefreiwirtschafters zur Sprache. Der Mann ist seit 36 Jahren im Dienste der wohlhabenden Bauerngemeinde, deren Gemeindevorsteher fast ausschließlich fromme Freisinnsmänner sind. In den letzten Jahren betrug das Gehalt des Schreibers 720 Mk. pro Jahr, dazu kamen 120 Mk. als Standesbeamter und 30 Mk. für Bureaukosten. Insgesamt belief sich also das Einkommen auf 870 Mk. Der Mann führte ein kümmerliches Leben und war auf allerlei Nebenarbeiten angewiesen. Endlich, als die Nebenarbeiten seltener wurden, faßte er sich ein Herz und kam um eine Gehaltszulage ein. Der alte Schreiber war so vermessene, zu behaupten, daß 1200 Mk. doch eigentlich ein angemessenes Gehalt für ihn sei. Dadurch, daß die Gemeinde ihn stets unter dieser Summe gehalten habe, hätte sie in den 36 Jahren an ihm eine Menge Geld gesparrt. Zu einer solchen Gehaltsaufbesserung konnten sich die freisinnigen Gemeindevorsteher aber nicht aufschwingen. Etwas taten sie aber doch. Sie erhöhten dem Manne die festen Einnahmen auf 800 Mk. und die Standesamtbezüge auf 200 Mk., das ganze Jahreseinkommen also um 160 Mk. Der Gemeindefreiwirtschaftler lehnte diese Hilfe ab. Er hat das Leben als Gemeindevorsteher satt. In derselben Gemeindevorsteherung wurden die Jahresgehälter der Nachwächter von 200 auf 300 Mk. „erhöht“. Grünau ist, wie gesagt, in den Händen einer freisinnigen Gemeindevertretung und liegt im Wahlkreis des fortschrittlichen Abgeordneten Alblach.

Der Panamakanal.

Am Freitag ist durch die Sprengung des Gamboa-dammes die letzte Schranke, die beide Meere trennte, beseitigt worden. Etwas theatralisch wurde der Akt durch den nordamerikanischen Präsidenten Wilson vollzogen, der durch Druck auf einen Knopf im Weißen Haus die elektrische Zündung auslöste. Was jetzt noch nachbleibt, um den Kanal für die Schifffahrt benutzbar zu machen, sind vergleichsweise leichte Arbeiten.

In den ersten Tagen des Monats bereits waren bei Colon und Gatun die letzten Erdmassen, die der Verbindung des Stillen Ozeans sich hemmend entgegenstellten, weggesprengt und am 10. Oktober um 9 Uhr morgens nach amerikanischer Zeit ist dann das letzte Hemmnis, der Gamboadamm, durch Dynamit in Trümmer gelegt worden. Der Kanal ist also jetzt fertig, wenn auch die Baggerarbeiten noch nicht vollendet sind.

Damit ist ein neuer Verkehrsweg geschaffen worden, der nicht nur für Amerika, sondern für die ganze handels-treibende Welt von größter Bedeutung ist. Man wird diese allerdings nicht dem Urteil der auf dieses Wunderwerk der Technik folgenden Amerikaner folgend, überschätzen dürfen; denn der Schifffahrtsweg von den europäischen Hafenplätzen, wie von Hamburg zum Beispiel nach Vorder- oder Hinterindien, wird gegenüber dem Weg durch den Suezkanal durch den Panamakanal überhaupt nicht, für die Reise nach Ostasien nur in unwesentlicher Weise abgekürzt. Dagegen wird die Schiffsverbindung unserer Häfen mit der Westküste Südamerikas durch die Fahrt durch den Panamakanal erheblich gefördert und die Reise wesentlich abgekürzt, wenigstens soweit die nördlich gelegenen Anlegeplätze Südamerikas in Betracht kommen. Von Valparaiso an südlich dürfte sich

die Fahrt um das Kap Horn immer noch als lohnend erweisen.

Man erwartet in ganz Amerika nicht allein eine sehr starke Hebung des Handels und Verkehrs von der neuen künstlichen Verbindungsstraße der zwei großen Weltmeere, vor allem hofft man auch, daß der Auswandererverkehr nach der ganzen amerikanischen Westküste dadurch verstärkt und somit deren Besiedelung von Kanada bis nach Argentinien rasche Fortschritte machen werde.

Auf alle Fälle ist der Panamakanal ein Kulturwert von gewaltiger Wichtigkeit. Aber es ist kennzeichnend für unsere Zeit, daß nicht etwa die Verkehrsbedürfnisse, das Streben, die Völker einander näher zu bringen und neue Gebiete der friedlichen Tätigkeit zu erschließen, zum Bau des Kanals die Veranlassung gegeben hat. Vielmehr waren Gründe militärisch-strategischer Natur ausschlaggebend. Den Nordamerikanern war es um die Steigerung ihrer Seemacht zu tun. Die rasche Vereinigungsmöglichkeit der atlantischen und pazifischen Flotten verstärkt die Schlagfertigkeit der amerikanischen Kriegsmarine natürlich ganz außerordentlich; so würde der Kanal für eine blutige Auseinandersetzung mit Japan, die man in Amerika über kurz oder lang befürchtet, ein ungemein wichtiges Kriegswerkzeug der Nordamerikaner sein. Deshalb in erster Linie sind die ungeheuren Kosten für den Bau aufgewendet worden. Wenn nur die Anforderungen des Verkehrs in Frage gekommen wären, würde das Werk noch gute Weile haben.

Ein Drama auf hoher See.

Eine furchtbare Katastrophe, bei der die Zahl der Opfer noch nicht feststeht, hat sich am Freitag auf hoher See abgespielt. Der Dampfer „Vokturno“, der Uraniumlinie in Rotterdam gehörig, geriet auf der Fahrt nach Neapel in Brand. An Bord des Schiffes befanden sich weit über 500 Passagiere und 93 Mann Besatzung, insgesamt 600 bis 700 Personen. Nur der drahtlose Telegraphie ist es zu danken, daß nicht all die Hunderte von Menschen der Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Auf die funktentelegraphischen Hilferufe des brennenden Dampfers eilten elf Dampfer herbei und retteten etwa 530 Personen. Etwa 100 Personen werden noch vermißt. Es wird befürchtet, daß ein großer Teil der Vermissten dem Feuer oder dem Meere zum Opfer gefallen ist. Ueber das entsetzliche Unglück, dessen Umfang sich zur Stunde bei den widersprechenden Nachrichten noch nicht voll übersehen läßt, berichten folgende Meldungen:

Vom Dampfer „Großer Kurfürst“ des Norddeutschen Lloyd ist folgendes drahtlose Telegramm von der Unfallstelle des Dampfers „Vokturno“ eingetroffen: Wir empfangen die Hilferufe vom Dampfer „Vokturno“ Donnerstag um 4 Uhr nachmittags auf 48 Grad 50 Minuten nördlicher Breite und 35 Grad 6 Minuten westlicher Länge. Der Dampfer „Vokturno“ wurde in total brennendem Zustande gefunden. Das Feuer war anscheinend durch eine heftige Explosion im Vorschiff entstanden, wobei verschiedene Passagiere und Mannschaften getötet wurden. Elf Dampfer befanden sich an der Unfallstelle. Es wehte heftiger Nordnordweststurm bei hoher See mit Dünung. Zwei Boote des „Großen Kurfürst“ waren die ganze Nacht von 9 Uhr abends bis 3/4 Uhr früh unterwegs. Eine Annäherung an das Wrack war fast unmöglich; Rettung war nur durch Ueberbordspringen möglich. Die „Vokturno“ sandte ein Boot mit fünf Mann, welche aufgenommen wurden, während das Boot gleich darauf sank. Vom „Großen Kurfürst“ wurden insgesamt gerettet 86 Passagiere, 2 Offiziere, 1 Majorität und 16 Matrosen. Insgesamt wurden von allen Schiffen gerettet 523 Personen; zirka 100 werden vermißt. Die „Carmania“ und die „Touraine“ suchten die Unfallstelle ab. Nach zwei vollbesetzten „Vokturno“-Booten wird gesucht. Erfolg unwahrscheinlich. Das Wrack bleibt für die Schifffahrt gefährlich. Die Schiffbrüchigen sind wohl versorgt und gut plaziert und haben die Reise fortgesetzt.

Die „Evening News“ berichten aus Fishguard: Als der Dampfer „Carmania“ den drahtlosen Hilferuf vom „Vokturno“ empfing, setzte er sich mit Vollkraft in Bewegung; mit Einstellung von mehr Heizern machte er 20 Knoten gegen einen rasenden Sturm an. Er erreichte den „Vokturno“ um Mittag und fand ihn am Bordende in hellen Flammen. Das brennende Schiff rollte heftig; seine Schrauben hatten sich in die Bootstaschen verwickelt, welche dazu hatten dienen sollen, sechs Boote zu Wasser zu bringen, von denen jedoch nur zwei gut vom Schiff abkamen, während die übrigen vier durch furchtbare Seen an den Schiffseiten zertrümmert worden waren; alle Insassen waren ertrunken. Die „Carmania“ versuchte vergeblich, ein Boot zum „Vokturno“ zu senden und manövrierte dann innerhalb 100 Fuß von dem brennenden Schiff. Man sah die Passagiere eng auf dem Hinterteil des Schiffes zusammengedrängt, während die Besatzung versuchte, die Flammen zu bekämpfen. Um 1 Uhr große Dampfer erschienen im Laufe des Nachmittags. Als gegen Abend der Sturm sich gelegt hatte, wurden von allen Schiffen Boote ausgesetzt, die aber den „Vokturno“ nicht erreichen konnten. Als die Nacht hereinbrach, machte die „Carmania“ von ihren Scheinwerfern Gebrauch, um die mit den Wellen kämpfenden Schwimmer und Boote aufzufinden. Um 9 Uhr brachen die Flammen mißlich durch; eine Explosion folgte darauf. Das Schiff war nunmehr dem Untergang geweiht. Es wird eine anschauliche Darstellung gegeben, wie der „Vokturno“ von mächtigen Dampfjahren im Kreise umgeben ist, auf denen sich Tausende von Passagieren auf Deck befinden, und denen es infolge der hohen Seen unmöglich ist, Hilfe zu bringen. Um 9 Uhr 30 Minuten hörte man im Wasser nahe der „Carmania“ Geschrei und sah Zwischenpassagiere mit Rettungsgürteln im Wasser; ein Scheinwerfermann wurde an Bord geholt. Andere Schreie verkümmerten bald. Bei Tagesanbruch schwamm der „Vokturno“ noch, und die Passagiere waren noch immer auf dem Hinterteil zusammengedrängt. Der Seegang hatte wesentlich abgenommen und eine Flottille von Booten umgab das Heck des „Vokturno“.

Die Ueberlebenden sollen alle aufgefunden worden sein. Die Zahl der Personen, welche durch zehn zu Hilfe geleitete Dampfer gerettet worden sind, beträgt „Carmania“ 11 Personen, „La Touraine“ 40, „Minneapolis“ 30, „Kappahannock“ 19, „Gar“ 102, „Narragansett“ 29, „Aedonian“ 59, „Kronland“ 90, „Großer Kurfürst“ 105 und „Sedith“ 36, im ganzen 521 Personen. Unvollständige Listen der Geretteten befinden sich an Bord der „Carmania“ und werden von Queenstown abgeholt werden. Der Provinzialmeister des „Vokturno“ nennt folgende Zahlen der an Bord befindlichen Personen: 24 Passagiere 1. Klasse, 540 3. Klasse und 93 Mann Besatzung, insgesamt 657 Personen. Von der Dampfer „Kronland“ wurden aufgenommen der Kapitän, der 1., 2., 3. und 5. Maschinist und zwei Telegraphisten. An Bord des „Narragansett“ befinden sich die Väter und der Steward der 3. Klasse, an Bord des „Gar“ der Provinzialmeister und der Arzt, an Bord des „Großen Kurfürsten“ 19 Personen, deren Namen noch nicht bekannt sind.

Die Uranium-Gesellschaft, die Reederei des „Vokturno“ erklärt, daß sämtliche Passagiere 1. Klasse gerettet seien. (Natürlich!)

Die Reederei der Cunard-Dampfer erhielt von dem Kapitän der „Carmania“ heute früh ein Funkpruch-Telegramm, wonach der „Vokturno“ mit dem brennenden Hinterteil noch auf dem Wasser trieb und die Masten und Schornsteine noch über Wasser standen. Die „Carmania“ hat nur wenige Gerettete an Bord. Es würden etwa 100 Personen vermißt.

Ein Funkpruch von Bord der „Kronprinzessin Cecilie“ lautet: Der Hilferuf des „Vokturno“ wurde von dem Dampfer „Sedith“ am 10. Oktober 5 Uhr 40 Minuten morgens vernommen. Insgesamt waren elf Dampfer zur Unglücksstelle geeilt, die 523 Personen mit großer Mühe retteten. Etwa 100 Personen werden noch vermißt, die auf zwei Booten südlich vertrieben sein mögen. Es wehte heftiger Nordnordweststurm. Die See ging hoch. Der „Große Kurfürst“ rettete 105, „Sedith“ 46 Personen. Die Annäherung an das Wrack war fast unmöglich. Die Rettungsboote wurden meistens infolge des Seeganges zertrümmert, jedoch die Rettung größtenteils durch Ueberbordspringen erfolgte.

Die Cunard-Gesellschaft hat eine Meldung von der „Carmania“ erhalten des Inhalts, daß die Ertrunkenen vermutlich diejenigen seien, die verunglückt hätten, vor der Ankunft der „Carmania“ an der Unfallstelle in Booten zu retten. Die „Carmania“ hat nur einen Geretteten an Bord. Das Schiff trifft morgen früh 5 Uhr in Queenstown ein. Eine andere Meldung von dem Cunard-Dampfer „Carmania“ sagt, daß der „Vokturno“ am 10. Oktober um 8 Uhr abends noch in Flammen gestanden hat.

Aus dem Gerichtssaal.

Spyonage-Prozess. Nach mehrtägiger Verhandlung vor dem Reichsgericht in Leipzig wurde der französische Sprachlehrer de Sacy wegen Verletzung zum Verrat militärischer Geheimnisse zu einem Jahr Gefängnis, seine Helfershelfer, ein gewisser Kreutzer zu vier Jahren Zuchthaus und sechs-jährigem Ehrverlust, Dringenberg zu vier Jahren Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust, Schäfers zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Das Gericht sah als erwiesen an, daß die Angeklagten den Versuch gemacht haben, Zeichnungen über geheimzuhaltende Gegenstände an eine fremde Macht zu verraten. Es ist durchgehends bei dem Versuch geblieben.

Der Ritual-Mordprozess in Kiew. Ueber die Verhandlungen am 9. und 10. Oktober berichtet das offiziöse Telegraphenbureau: Die Mutter des ermordeten Knaben Juchtschinski sagte u. a. aus: Ihr Sohn trug keine Tragbänder, sondern bediente sich eines Strides. Bis gestern habe sie Beilins nie gesehen; sie habe niemanden als Mörder in Verdacht. Der Diakon Natshugowsky, der auf Ersuchen der Mutter den Getöteten beerdigte, sagte aus, daß, als der Sarg in die Gruft gesenkt worden sei, Flugblätter verteilt worden seien, die die Rechtgläubigen aufforderten, das Blut des rechtgläubigen Knaben, das von Juden vergossen worden sei, zu rächen und die Juden niederzumeheln. Der Diakon bewahrte ein Flugblatt auf, das ihm gestohlen worden sei. Der Verteidiger Beilins, Zarudny, bat um die Beibringung eines solchen Flugblattes und wies darauf hin, daß ein Exemplar im Besitze des Polizeimeisters gewesen sei. Der Staatsanwalt wandte sich gegen die Bewilligung der Bitte und wies darauf hin, daß die Verteilung der Flugblätter in keinem direkten Zusammenhang mit der Affäre Juchtschinski stehe. Das Gericht lehnte den Antrag des Verteidigers ab. Der Arbeiter Kubitschenko aus Satzewsk Fabrik sagte aus, daß sich in der Mitte des Fabrikhofes ein Pferdeshall befand mit bewohnbarer Räumlichkeit, in welcher Frau Beilins wohnte, im Herbst sei der Pferdeshall abgebrannt. Auf Ersuchen des Verteidigers Beilins' stellte das Gericht fest, daß der Pferdeshall am 23. Oktober abbrannte, während Beilins am 16. Oktober verhaftet wurde. Der Verteidiger Grusenberg ersuchte um Veröffentlichung des Protokolls über die Hausdurchsuchung in der Wohnung Beilins, das Gericht lehnte aus formellen Gründen das Gesuch ab und gab nur bekannt, daß die Hausdurchsuchung am 9. August stattgefunden hat. Während des Verhörs von vierzehn Kameraden Juchtschinskis sagten zwei aus, sie hätten Juchtschinski am 25. März 6 Uhr morgens auf dem Schulwege gesehen. Agenten der Geheimpolizei hätten gedroht, sie einzusperrn, wenn sie nicht aussagten, daß sie Juchtschinski nicht gesehen hätten. Die Kameraden Juchtschinskis sagten weiter aus, sie hätten oft in der Nähe der Fabrik gespielt und zuweilen das Fabrikterrain betreten, die Hausknechte hätten sie oft vertrieben, Beilins jedoch niemals.

Der Staatsanwalt wies in der Verhandlung am Freitag darauf hin, daß ausführliche stenographische Berichte über die Gerichtsverhandlung abgedruckt würden. Eine derartige Veröffentlichung finde er unangebracht, besonders angesichts des so wichtigen Prozesses, der für die ganze Welt bedeutungsvoll sei. Dies sei eine Verletzung der Statuten des Kriminalgerichtsverfahrens. Dem so erhielten die Zeugen die Möglichkeit, sich mit dem Gang der Verhandlungen bekanntzumachen. Die Geschworenen seien von der Deffenlichkeit ausgeschlossen, die Zeugen nicht. Durch Veröffentlichung der Stenogramme werde außerdem die öffentliche Meinung bearbeitet. Er beantragte daher, die Veröffentlichung der stenographischen Berichte einzustellen. Das Gericht ließ den Antrag des Staatsanwalts unberücksichtigt. Die Verteidiger bestanden darauf, die Worte des Staatsanwalts über die Bedeutung des Prozesses für die ganze Welt und Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu protokollieren. Juchtschinskis Kamerad Krenbar sagte aus, Juchtschinski habe ihm bis Weihnachten besprochen, dann sei er ausgeblieben. Seine Mutter habe erklärt, er weise bei der Großmutter. Der Zeuge jagte dann weiter aus, der Ermordete habe ihm mitgeteilt, daß er 600 Rubel besitze, von deren Zinsen er lebe. Der Zeuge kennt weder Schneerson noch Aaron Beilins. Beilins' Wachs Krenbar, der Vater Herjafos, schloß sich den Aussagen seines Sohnes zum größten Teile an.

Der Arzt Senitzki sagte u. a. aus: Die auf dem Polizeiamt in Haft befindliche Wirt Tscherbaj hat ihm, als er ihr medizinische Hilfe leistete, während des Gesprächs erzählt, sie hätte Material über die Angelegenheit gesammelt und kenne eine Person, die demjenigen Geld zu geben bereit sei, der Juchtschinskis Leiche entdecke. Als er darauf erwiderte, daß er die Leiche entdeckt habe, sei die Tscherbaj erlegen gewesen und verstummt. Er habe dem Untersuchungsrichter den Vorfall nicht mitteilen können, weil er bereits vorher verhört worden sei. Die Großmutter des ermordeten Juchtschinskis Frau Niejinstaja, erwiderte auf die Frage des Staatsanwalts, ob ihr Enkel ihr gesagt hätte, daß ein Jude ihm versprochen habe, ihm seinen Vater zu zeigen, sie könne sich nicht entziehen. Karaptschewsky wollte bezeugen, daß Frau Niejinstaja auch vor dem Untersuchungsrichter keine derartige Aussage gemacht habe; das Gericht nahm dieses an. Der Onkel des Ermordeten, Fedor Niejinstaj, gibt an, er hätte Lukas Brichoblo fälschlich als Mörder angegeben infolge von Drohungen von Agenten der Geheim-polizei, daß er sonst niemals wieder in Freiheit gesetzt würde. Der Staatsanwalt fragte gestern den Zeugen Schugmann Beschtschenko, ob der Umstand, daß er bei der Auffindung der

Der größte Teil der Fischer konnte durch Rettungsboote in Sicherheit gebracht werden, zwölf Insassen, die ertrunken sein dürften, werden vermisst.

Der Sturm. Auf offenem Meere ist nach telegraphischer Meldung aus Libau eine große Zahl Fischerboote von einem plötzlichen Sturm überrascht worden. Rettungsboote retteten viele. Zwölf Fischer werden vermisst, sie sind offenbar ertrunken.

Im Kampfe mit Wilderern. Im Walde bei Sopron Kereszúr stieß, wie aus Budapest gemeldet wird, der Wirtschaftsbote Ladislaus Mastath in Begleitung zweier Förster auf fünf Wilderer. Auf die Aufforderung, die Waffen auszuliefern, antworteten die Wilderer mit Schüssen. Die Jäger schossen hierauf drei Wilderer tot; die übrigen zwei entkamen auf der Flucht.

Eisenbahnunglück. Auf der Eisenbahnlinie am Mur kürzte ein Dienstzug in den Fluß. Der Lokomotivführer, der Heizer und vier andere Bahnangestellte wurden getötet, mehrere wurden verwundet.

Aus Nah und Fern.

Verhaftete Mädchenhändler. Aus Halle wird berichtet: In einem Hause der Eisenbahnstraße Guben-Halle wurden drei Mädchenhändler, die mehrere 16jährige Mädchen mit sich führten, verhaftet. Ein Mitreisender hatte die in russischer Sprache geführte Unterhaltung angehört und verstanden. Er teilte dies dem Schaffner mit, der die Verhaftung der Mädchenhändler veranlaßte. Die Mädchen sollten nach Brasilien verschleppt werden.

Grubenunglück in Frankreich. Ein furchtbares Unglück hat sich am Freitag in einer Kohlengrube in Mons zugegetragen. Ein Aufzug, der mit 22 Mann besetzt war, blieb an der ersten Etage hängen und zerbrach. Einer der Arbeiter fiel in den 750 Meter tiefen Schacht und wurde vollständig zerschmettert. Sechs andere Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, zwei von ihnen schweben in Lebensgefahr.

Eine Gemeinheit. Dem im vergangenen Jahre auf einem Platz in Gumburg in Savoyen entgültigen Standbild Rouffeaux wurde der Kopf abgesägt; er fiel auf das Pflaster und wurde zertrümmert.

Gefährliche Wurstmaschinen. Das Pariser Gesundheitsamt hat eine mikroskopische Untersuchung einer Menge von Wurstwaren vorgenommen, die im Großbetrieb durch emaillierte Wurstmaschinen hergestellt werden; diese Untersuchung hat ergeben, daß in einem großen Prozentsatz der Wurstwaren, wie sie in Paris verkauft werden, winzige Emailteilchen enthalten sind, die gefährliche Verletzungen in den Verdauungsorganen der sie Verzehenden anrichten können. Da die Ärzte allerlei Erkrankungen auf derartige Verletzungen zurückzuführen geneigt waren, leitete der Chef des Pariser Gesundheitsamts Mariel auch eine eingehende Untersuchung der Pariser Wurstfabriken ein, deren Resultate er dem Gesundheitsrat vorlegte. Es wurde festgestellt, daß nur eine sehr geringe Minderheit der im Gebrauche befindlichen Wurstmaschinen in Paris in gutem Zustande war; bei den meisten, auch wenn sie durchaus noch nicht sehr lange im Gebrauche waren, konnte festgestellt werden, daß das Email sehr rasch abgenutzt wird und so die Gefahr, daß Emailteilchen in die Wurst gelangen, außerordentlich groß ist. Der Pariser Gesundheitsrat beschloß daher einstimmig, Fleischmaschinen zu verbieten; eine strenge polizeiliche Aufsicht wird dafür sorgen, daß diesem Verbot auch Folge geleistet wird. Der Minister des Innern wird sich diesem Beschlusse anschließen und die gefährlichen Maschinen in ganz Frankreich untersagen.

Eigenartiger Vorfall. Der Stellendermittler Arwei in Budapest vergaß vor dem Schlafengehen eine auf dem Nachtschilde stehende Kerze auszulöschen. Die brennende Kerze fiel auf einen daneben liegenden Revolver, wobei sich dieser entzündete. Eine Kugel drang Arwei ins Herz und führte seinen sofortigen Tod herbei.

Rausch in einer Synagoge. In der Synagoge des Marktfleckens Cholojow erfolgte während des Abendgottesdienstes eine furchtbare Panik. Der Tempel war anlässlich des jüdischen Feiertages überfüllt; plötzlich erscholl der Ruf: Feuer! und alle Leute drängten den Ausgängen zu. Die im Vorterrasse befindlichen Männer gelangten glücklich ins Freie, die auf der Tribüne untergebrachten Frauen kamen aber auf den schlecht beleuchteten Treppen ins Stolpern, einige stürzten und über sie hinweg fielen die nachdrängenden. Nach den letzten Meldungen sind 16 Frauen ums Leben gekommen, eine große Anzahl hat ferner schwere Verletzungen davongetragen.

Ein rumänischer Fliegeroffizier kürzte Sonnabend auf einem Flug von Bukarest nach Tirgoviste ab und wurde getötet.

Schwerer Unfall. Bei Belvaux in Lotharn benutzten am Freitag zehn Arbeiter der Wilgerodischen Industrieanlage die Fabrikbahn. Bei einer scharfen Kurve entgleiste der Zug und fuhr in mehrere Wagen hinein, die auf einem Nebengleis standen. Sämtliche Arbeiter sind schwer verletzt worden.

Zwölf Fischer ertrunken. Wie aus Libau gemeldet wird, geriet ein Fischerkutter auf hoher See in einen Sturm.

Genossenschaftsbewegung.

Der genossenschaftliche Großeinkauf auf dem Vormarsche. Die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die im Juni in Dresden stattfand, beschloß eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals von 2 Millionen Mark. Schon am 22. September dieses Jahres konnte die erfolgte Erhöhung des Kapitals in das Hamburger Handelsregister eingetragen werden. Es waren an diesem Tage nicht nur die 2 Millionen Mark gezahlt. Die Erhöhung des Kapitals wurde von den angeschlossenen Genossenschaften um 1 136 500 Mk. überzeichnet. An der Zeichnung beteiligten sich 577 Konsumvereine, darunter 87 Vereine, die der Großeinkaufsgesellschaft bisher nicht angehört hatten. Im Einverständnis mit den Zeichnern werden die durch die Zeichnung nicht gebrauchten Beträge für eine spätere Kapitalerhöhung vorgemerkt.

Die auffallend hohe Überzeichnung des gewünschten Kapitals wird den Angehörigen vielleicht eine Überraschung sein, dem Konsumgenossenschaftler bestätigt sie lediglich das Vorhandensein eines echten genossenschaftlichen Geistes, der stets bereit ist, genossenschaftliche Arbeit fortzuführen. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, das gemeinsame Unternehmen aller ihr angeschlossenen Konsumvereine, darf stolz sein auf das Vertrauen, das man ihr nicht nur in diesem Fall entgegenbringt. Dieses Vertrauen ist schließlich nur der Ausdruck der Zufriedenheit des organisierten Konsums mit der Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaft. Hoffen wir, daß alle von der Großeinkaufsgesellschaft geplanten Arbeiten so schnell ihre Erledigung finden können, daß recht bald neues genossenschaftliches Kapital zu neuen Arbeiten im Dienste des organisierten Konsums herangezogen werden kann.

Schutz vor Nahrungsmittelfälschungen. Es scheint immer noch ein einträgliches Geschäft zu sein, Ware geringerer Qualität unter einer Bezeichnung zu verkaufen, die dem Käufer eine höhere Qualität vortäuschen soll. Manche Händler haben die Anpreisung solcher minderwertiger Waren in ein förmliches System gebracht. Phantasienamen der sonderbarsten Art werden erfunden, um das Publikum zu täuschen und ihm das Geld für minderwertige Ware aus der Tasche zu ziehen. Besonders Butter und Schmalz, Waren, die in großen Mengen täglich verbraucht werden, scheinen manchen Händlern geeignete Objekte, um mit ihnen den Konsumenten auf die besagte Art zu schädigen. Jetzt wird wieder ein Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte bekannt, das einen Kaufmann verurteilte, der eine Kofosetz-zubereitung als Schmalz verkaufte. Der Kaufmann hatte von einem Nahrungsmittelwerk in Berlin ein für Genußzwecke bestimmtes Fett gekauft, das aus einer Mischung von Kofosetz und Baumwollsaatöl bestand. Er gab dies an Kunden ab, die von ihm Schmalz, billigere Sorte, das Pfund zu 60 Pfg., verlangten, ohne sie darauf aufmerksam zu machen, daß sie ein pflanzliches Fettgemisch erhielten. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß unter „Schmalz“ nach den gesetzlichen Bestimmungen nur das ausgeschmolzene und wieder erstarrte Schweinefett zu verstehen ist. Es gibt allerdings gewissenlose Lieferanten, die beim Anbieten ihrer Fabrikate an Wiederverkäufer ein Interesse daran haben, die Begriffe von „Schmalz“ und „Kunstpfeisefett“ zu verwischen und die Sache möglichst harmlos so darzustellen, als ob ihre Ware ruhig als Schmalz, Bratenschmalz oder unter irgendeinem Phantasienamen, wie Berliner Schmalz u. dgl., abgegeben werden dürfe. Kofosetz ist an sich talgartig; der Zusatz von Baumwollsaatöl dient dazu, es geschmeidiger zu machen; dadurch gewinnt es ein schweine-schmalzähnliches Aussehen und erhält dadurch die vom Gesetz bestimmten Eigenschaften, die für ein nicht ausschließlich vom Schweine gewonnenes Fett maßgebend sind und es zum „Kunstpfeisefett“ kempeln. Der Kaufmann wurde daher bestraft; es half ihm dabei auch nichts, daß in seinem Laden ein Schild mit der Aufschrift „Bratenschmalz“ hing; denn daraus ging nicht hervor, daß das Publikum an Stelle des verlangten Schweineschmalzes ein Kunstpfeisefett erhielt. Eigentlich sollte man mit den durch die Kniffe geübter Händler betrogenen Käufern kein Mitleid haben. Das Mittel, sich vor Nahrungsmittelfälschungen zu schützen, ist längst vorhanden, wird aber leider nicht von allen Konsumenten benutzt. Die Organisation der Konsumenten bietet den einzig sicheren Schutz vor Schäden durch die Warenverfälschung.

Theater und Musik.

Das vollständige Konzert, das gestern nachmittag der Arbeiterbildungsverein im Kolosseum veranstaltete, erfreute sich eines recht zahlreichen Besuchs. Ein Beweis dafür, daß auch in der Arbeiterklasse Interesse und Verständnis für gute Musik vorhanden ist. Dieses Interesse und Verständnis bekundete sich auch in der bewundernswerten Ruhe und Aufmerksamkeit, mit welcher die Zuhörer die einzelnen Darbietungen entgegennahm und in dem lebhaften Beifall, der dem Gebotenen folgte. Herr Kapellmeister Furtwängler, der mit dem Temperament und Feingefühl des echten Künstlers das Orchester führte, hatte bei der Zusammenstellung des Programms das Bestreben, dem Publikum gleich die Bekanntheit einer ganzen Reihe guter Meister der Tonkunst zu vermitteln. Mozart, Beethoven, Haydn, Weber, Wagner, Verdi, Strauss und langvolle Namen, die jedem Konzert zur Freude gereichen. Wir wollen es unterlassen, hier auf Einzelheiten einzugehen, und nur hervorheben, daß die Musiker ihre schonen Aufgabe, die darin liegt, den Schülern großer klassischer Musik zu verhelfen, in würdiger Weise lösten. Dem Wunsch, daß diesem Konzert möglichst noch im Laufe des Winters ein zweites folgen möchte, wurde von den verschiedensten Seiten Ausdruck gegeben. Jedenfalls gebietet dem Arbeiterbildungsverein und dem Verein der Musikfreunde Anerkennung dafür, daß sie durch die geistige Veranlassung dem Streben der breiten Volksmassen teilzunehmen an den edlen Genüssen, die echte Kunst bietet, entgegengekommen sind. P. L.

Literarisches.

„Der Naturarzt“, 41. Jahrg., Nr. 10 (Auflage 161 000). Red.: Dr. med. Schönberger und Oskar Mummert, Exped.: Berlin SW. 11. Preis jährl. 3 Mk. Probenummer frei. — Aus dem Inhalt: Dr. med. Schönberger: Der Husten. — Dr. Kunert: Ein gutes Schwarzbrot — ein Haupterfordernis einer guten Ernährung. — Dr. med. Schönberger: Getränke und Ernährungsmittel für Fiebernde. — Das Urteil der Frankfurter Strafkammer im Prozeß Spohr. — Aus der Sammelmappe: Bei akuten eitrigen Entzündungen. — Was in Deutschland „in Rauch aufgeht“. — Zufuhr von Kalk bei Lungenschwindsucht. — Haut und Harnorgane. — Von einer neuen Verwertungsart der Kartoffel. — Genußmittel und Niedergang. — Schwindel und Verfall der Kinder und Schweine. — Alkohol und ansteckende Krankheiten. — Aus der Zeit. — Humoristische Ecke. — Beilage: Dr. med. Spohr: Die Gebärmutterblutungen. — Aus Küche und Haus. Marg. Schirmer: Praktische Winke für Keller, Küche und Haus im Oktober. — Unsere Nahrungs- und Genußmittel und ihre Verfälschungen.

„Zu jedem erkrankten Brotschürer“ „Ist Asthma heilbar?“ gibt der bekannte Charlottenburger Spezialarzt Dr. med. J. P. B. A., der auch auf dem Gebiete der Behandlung von Arterienverkalkung sich durch Veröffentlichung einer Anzahl wissenschaftlicher und populärer Abhandlungen einen Namen gemacht hat, genaue Aufschlüsse über die Entstehung und das Wesen des Bronchial- und Herzasthmas. Dr. P. B. A. schildert an der Hand seiner eigenen Erfahrungen die Vorgänge im Körper und die moderne Behandlungsart dieser Erkrankungszustände. Zum Schluß beantwortet er die oben gestellte Frage sehr zugunsten der an dieser qualvollen Krankheit Leidenden. Bei der Erfolglosigkeit, mit der die Astmatiker bisher meistens behandelt worden sind, ist es wünschenswert, daß diese allgemein verständliche Schrift, welche in Verlage von Oscar Coblentz in Berlin W. 30 zum Preise von 1,50 Mark erschienen ist, in weiteste Kreise dringt.

Briefkasten.

Ein altes Mitglied. Wenn Sie von der Schiebererei näheres wußten, wäre es doch wohl richtiger gewesen, uns davon zu unterrichten, als sich darüber zu beschweren, daß wir darüber nichts gebracht haben. Nach unseren Informationen ist A., der anscheinend geistesgestört ist, von der Krankenabteilung des Marstallgefängnisses, in der er bisher interniert war, heute nach der Heilanstalt Strecknitz überführt worden. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir wiederholt an unsere Freunde das Ersuchen richten, von allen die Öffentlichkeit interessierenden Vorkommnissen, die zu ihrer Kenntnis kommen, der Redaktion des „Volksboten“ auf dem schnellsten Wege Mitteilung zu machen. Gerade diese Mitarbeit trägt dazu bei, das Interesse an einer Zeitung zu erhöhen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 11. Oktober. Auftrieb 1600 Schweine. Handel leicht geräumt. Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 73, — (— bis 58,50), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 73,50 bis 73, — (58, — bis 58,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., — bis 75, — (— bis 58,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., — bis 75, — (— bis 58,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 68, — bis 72, — (51,50 bis 54,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis 68, — (— bis 54, —), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 62, — bis 66, — (48,50 bis 51,50) Mt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

August Bebel
ein Lebensbild von Herm. Wendel
ist erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46. — Preis 50 Pfg.

Bebel-Postkarten
sind wieder vorrätig.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Bekanntmachung.
Meiner werten Eimerbierfundschaft von Marli zu gest. Nachricht, daß der Eimerbierwagen von jetzt ab nicht mehr Montag abend, sondern Dienstag vormittag herumfährt. (7753)
St.-Gertrud-Bräuerei.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1914
ist jetzt erschienen und seines reichhaltigen Inhalts wegen jedem unserer Leser zu empfehlen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.